

Wöchentlich 65 Bl., monatlich 3,60 M. im voraus zahlbar, Halbjahr 4,32 M. einschließlich 60 Bl. Postzeitungsgeld und 72 Bl. Postzeitungsgebühren. Zustellungsabonnement 6.— M. pro Monat; für Käufer mit ermäßigtem Druckdruckposten 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Samstags und Sonntags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“ illustrierte Beilage „Voll und Voll“ Ferner „Freuenstunde“, „Technik“, „Bild in die Bäckerei“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Erlaubnisse“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einzeln. Kampfbroschüre 80 Bl. Preis 1,20 M. „Kleine Kampfbroschüre“ das selbstdruckte Wort 25 Bl. (einschl. zwei selbstdruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Bl., Redakt. 12 Bl., Stellengeld das erste Wort 10 Bl., jedes weitere Wort 10 Bl. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Bl., Familienangelegenheiten Seite 40 Bl., Angelegenheiten im Hauptgeschäftsbereich Seite 2, wöchentlich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Abrechnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Telefon: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. S. u. Disc.-Ges., Depofitent., Jerusalemstr. 65/66.

# Bilanz der Zolldebatte.

## Kein Ruhmesblatt der Diplomaten.

V. Sch. Genf, 19. Mai. (Eigenbericht.)

Noch nie seit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist ein deutscher Vertreter am Ratsstisch in einer so mißlichen Lage gewesen, als jetzt Dr. Curtius. Er hat sich noch mit Geschick und Würde aus der Affäre gezogen, wobei ihm zugute kam, daß er als Vorsitzender häufiger das Wort ergreifen konnte, um die schlimmsten Angriffe sofort abzuwehren. Aber

der Gesamteindruck bleibt, daß Deutschland durch den Plan der Zollunion bisher keine Vorteile geerntet hat.

Es läßt sich kaum noch leugnen, daß es sich damit in eine völlige Isolierung hineinmanövriert hat. Gerade wir Sozialdemokraten, die wir den Anschluß für gerecht halten und ihn ebensowenig preisgeben wollen wie unsere österreichischen Genossen, haben das Recht, ein Wort zu sagen, durch das die Verwirklichung dieses Ideals alles eher denn nähergerückt worden ist. Denn die Aktion Schuber-Curtius oder vielmehr

die Aktion Schäfer-Ritter hat nur die agitatorische Folge gehabt, daß die Außenminister Deutschlands und Österreichs am Ratsstisch immer wieder beteuern und, um ihr gutes Recht zu beweisen, beschwören mußten, daß sie niemals daran gedacht hätten, die Unabhängigkeit Österreichs anzutasten.

Kalt lächelnd nahmen nacheinander Grandi, Benesch, Marintowicz und Briand dieses Gelübde mit lebhafter Genugtuung zur Kenntnis. Sie unterfanden es mit einer fast habituellen Freude und ließen dabei trotzdem durchblicken, daß sie kein Wort davon glauben. So ist als erstes bisheriges Resultat bisher nur zu verzeichnen, daß Deutschland und Österreich gezwungen wurden, um die Reinheit ihrer Absichten zu beweisen,

ein unfreiwilliges Bekenntnis gerade zu einem der ungerechtesten Artikel der Friedensverträge von Versailles und St. Germain abzugeben.

Möge die weitere Entwicklung bis zum September uns eine neue Auflage dieses grausamen Spieles ersparen, möge es nicht mehr dazu kommen, daß Franzosen, Serben, Italiener und Tschechen mit erhobenem Zeigefinger von einer Gefährdung des Friedens durch Deutschland und Österreich sprechen und sogar, wie es sich Herr Marintowicz aus Belgrad leistete, eindeutige Anspielungen auf die Kriegsschuldfrage vom Juli 1914 zu machen. Die Lösung des Konfliktes ist zwar erträglich, aber um so größer ist die Verantwortung derer, die uns in eine solche Situation gebracht haben.

Diese Schuld tragen nicht einzelne Personen, sondern jene Wählermassen vom 14. September, die durch die Schwächung des parlamentarischen Systems die Macht der verantwortungslosen Bürokratie gestärkt haben.

Wie ganz anders war die Lage Deutschlands auf der Januar-Tagung des Rates, als Curtius als Ankläger gegen das Gewaltregime Pilsudski auftreten konnte und die gesamte fortschritt-

liche Welt hinter sich hatte. Damals mußte sich Jaleski verpflichten, auf der Waitagung Rechenschaft über die Besserung der Verhältnisse in Ostoberschlesien abzulegen. Im allgemeinen Trubel um die Zollunion ist dieses unendlich wichtigere Problem des Widerarbeitenschutzes fast völlig untergegangen.

Die günstige Atmosphäre des Januar ist dahin. — Pilsudski-Polen droht auf dieser Tagung keine Gefahr mehr.

Inzwischen setzt das Europakomitee seine Beratungen fort. Wenn sich heute die Vertreter der kleinen Entente so lebhaft für das französische Programm einsetzen, so geschah das nur, um eine Einheitsfront gegen das Zollunionsprojekt zu bilden, nicht aber weil sie daraus irgendeine positive Besserung erwarten. Auch Henderson konnte nicht mehr als ein gründlicheres Bekenntnis zur Herabsetzung der Zölle abzugeben, aber auch er dürfte wissen, daß kein positiver Fortschritt aus diesem Bekenntnis hervorgehen wird.

Der einzige positive Gewinn dieser Tagung ist die sichtbare Entspannung, die infolge der maßvollen Rede Litwinows zwischen der Sowjetunion und der übrigen Welt zu verzeichnen ist. Henderson benutzte die Gelegenheit, um der Auffassung des russischen Außenministers hinzuzufügen, daß die Krise durch überflüssige Rüstungsausgaben und durch das internationale Nichttauen verschlimmert worden ist, und versicherte ihm, daß keinerlei Kriegsplan gegen Rußland geschmiegelt werden.

Dieselbe Erklärung gab mit betonter Freundlichkeit für Witwinow Jaleski ab, der den persönlichen Charakter der Rede Litwinows unterstrich, sie als geeignet erklärte, mancherlei Mißverständnisse aus dem Wege zu räumen und sich daraus eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und dem übrigen Europa versprach. — Wenn diese neue Tagung der Europakommission nichts anderes bewirkt hat, als diese friedlich reformistische Rede Litwinows und die daraus entstandene politische Entspannung der Sowjetunion, so ist sie doch nicht ganz umsonst gewesen.

### Der Haager Gerichtshof.

Der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag (nicht zu verwechseln mit dem Weltgerichtshof) besteht aus 15 Mitgliedern, die von Zeit zu Zeit neu gewählt werden. Zur Zeit besteht der Gerichtshof aus dem Vorsitzenden Adachi (Japan), dem früheren amerikanischen Staatssekretär Kellogg, dem englischen Kronjuristen Sir Cecil Hurst, dem französischen Juristen F r o m a g e o l, Professor Sch u d i n g (Deutschland), Anzilotti (Italien) sowie aus Vertretern von Spanien, Rußland, San Salvador, Rumänien, Belgien, Polen, Kolumbien und China. Der Gerichtshof beschließt mit Stimmenmehrheit; er tritt alljährlich am 15. Juni zusammen, kann jedoch in besonderen Fällen auch zu einem anderen Zeitpunkt einberufen werden.

# Krisengefahr in Deutschösterreich.

## Großdeutsche gegen Beamtenehaltstürzung.

Wien, 19. Mai. (Eigenbericht.)

Wie im Reich, so haben auch wir ein ungedecktes Defizit im Staatshaushalt. Die Regierung plant u. a. auch eine Kürzung der Bezüge der öffentlichen Angestellten. Das lehnen aber die Großdeutschen ab und von daher droht eine Reglerungskrise. Man will ihren Ausbruch aber bis zur Rückkehr des Vizelandes Schuber aus Genf hinaushalten, um dann doch noch einen Ausgleich zu versuchen. Die Regierungsmehrheit besteht aus den Christlichsozialen, den Großdeutschen und dem Landbund; und diese drei Parteien haben nur zusammen eine Mehrheit gegen die Sozialdemokraten. Da die Großdeutschen antiklerikal, der Landbund auch nicht klerikal ist, ist eine einheitliche Kulturpolitik dieser Klassenmäßig bürgerlichen Mehrheit ohnehin nicht möglich.

### Die Wiener Banksanierung.

Aus dem Artikel des Genossen Kusterlich-Wien, den wir in unserer Sonnabend-Morgenausgabe veröffentlicht haben, war die Bedeutung der Katastrophe des führenden Bankinstituts für Deutschösterreich zu erkennen. Die Oesterreichische Creditanstalt hatte 125 Millionen Schilling Aktienkapital und 40 Millionen offene Reserven; die Höhe der steuerfreien stillen Reserven kennt man nicht. Der Verlust beträgt 140 Millionen, volle vier Fünftel des Ganzen. Noch im vorigen Geschäftsjahr hat die Creditanstalt

Dividenden, gewaltige Lantien an ihre Aufsichtsräte und enorme Pensionen an frühere Direktoren ausgezahlt. Obwohl der schwere Geschäftsverlust auch damals schon einer halbwegs gewissenhaften Zeitung nicht verborgen geblieben sein kann. Die Aktien sind zum allergrößten Teil im Besitz ganz großer Kapitalisten, wie Rothschild, Warburg, Urban, Mautner ufm.

Der Staat hat 100 Millionen Schilling zum Ersatz des verlorenen hergegeben, die Nationalbank und Rothschild je 30 Millionen. Wenn ein Privatgeschäft sein Kapital verliert, denkt der Staat nicht an Ersatzleistung; aber die Geschäftsteilhaber der Creditanstalt, nämlich die Aktionäre, brauchen den Verlust von 80 Proz. nicht zu tragen, ihre Aktien werden auf 75 Proz. des Nominalwertes abgetempelt statt auf 20 Proz.

Der Staat, der weit über die Hälfte des neuen Aktienkapitals bergibt, demnach auch den entsprechenden Teil der Aktien haben dürfte, verzichtet auf sein unbestreitbares Recht zugunsten dieser Aktionäre!

Dagegen führten die Sozialdemokraten einen scharfen Kampf im Nationalrat, dessen Bemühen zur Hergabe von Staatsgeldern unentbehrlich ist. Unsere Genossen bestritten nicht die Notwendigkeit staatlicher Hilfe zur Aufrechterhaltung des noch vorhandenen industriellen Lebens, forderten aber, daß der Staat sich, entsprechend der Höhe seiner Hilfeleistung, die künftige Leistung der Bank und damit des größten Teiles der Industrie des Landes sichere.

# Die Berliner Volksbühne.

## Eine Frage des Selbstbestimmungsrechts.

Von Robert Breuer.

Seit einigen Wochen beschäftigen sich die Theaterfachverständigen der Berliner Presse wieder einmal mit inneren Angelegenheiten der Volksbühne. Sie tun das mit einer Hefigkeit, die nicht vor Komit zurückfährt, stellenweise auch mit einem Unfakt, der nur noch von Ahnungslosigkeit überboten wird. Die Herren scheinen reflexlos unorientiert zu sein, zum mindesten höchst einseitig, höchst befangen unterrichtet; eins aber vergessen sie ganz gewiß, eine sehr schlechte Tatsache: daß nämlich die Volksbühne nicht etwa die Bühne für das Volk ist, vielmehr die Bühne des Volkes, des Volkes der Volk bereitet und bezahlt, vielmehr die Bühne, die das Volk — genauer gesagt: der im Verein Volksbühne organisierte Teil des Berliner Volkes — sich selbst geschaffen und aus Arbeitergroßhandlung aufgebaut hat.

Mit dieser Feststellung soll nicht etwa der berüchtigte Standpunkt des „Herrn im Hause“ befürwortet werden; aber es soll immerhin mit aller Deutlichkeit das Selbstbestimmungsrecht der Berliner Volksbühne festgesetzt sein. Es dürfte doch wohl einleuchten, daß auch die sogenannten anonymen Massen, wenn sie sich zu Tausenden und Zehntausenden zusammentun, um einer Idee zu dienen, um solche Idee zu verwirklichen, sich hierfür Personen aussuchen, denen sie Vertrauen schenken und von denen sie sich angemessen und zweckmäßig vertreten sehen möchten. Dies eben gilt für die Ordner, für die Verwaltung, den künstlerischen Ausschuss und den Vorstand der Berliner Volksbühne, gilt auch, solange Vernunft waltet, für den künstlerischen Leiter, der ja gleichfalls, wenn auch nur indirekt, ein Erwählter der Massen ist. Dieses ganze demokratische System der Volksbühne und dessen Handhabung bleibt die alleinige Angelegenheit der Mitglieder. Die Öffentlichkeit hat es allein mit den öffentlichen Angelegenheiten der Volksbühne zu tun, mit den Ausführungen und den sonstigen Veranstaltungen. Hier hat auch die Theaterkritik die völlige Freiheit des Wortes. Wenn aber etliche Heißsporne nun schon seit Wochen — wie schon des öfteren ehemals — sich in das Vereinsleben der Volksbühne eindrängen, so liegt die Vermutung nahe, daß hinter solcher väterlichen, um nicht zu sagen onkelhaften, Fürsorge jene Objektiverliche Annahme steht, die noch immer im Volk das Objekt sieht, das regiert werden muß, die noch immer nicht begreift, daß dieses Volk zur Selbstherrschaft reif geworden ist. Zur Selbstherrschaft, d. h. gegebenenfalls auch zum Irrtum; um es ganz deutlich zu sagen: die bürgerlichen Herren hätten keinerlei Ursache, sich als Wächter der Kultur zu etablieren, wenn in dem proletarischen organisatorischen Leben der Volksbühne sich die Fehler häuften. Es gehört doch sonst zum Takt des Westeuropäers, daß sich niemand um das kümmern, was ihn nichts angeht.

Die Affäre, für deren Ausmalung die Berliner Blätter ihr sonst so kostbares Papier vergeuden, fing damit an, daß ein Satz, der in den „Blättern der Volksbühne“ veröffentlicht worden war, aus dem Zusammenhang gerissen, als Rebellion subalterner Instinkte, als Aufstand gegen die Kunst denunziert worden ist. Dieser Satz bezog sich auf den Spielplan 1931/32 und lautet: „Ueber den Spielplan kann einstweilen nur soviel gesagt werden: er soll mehr als bisher auf eine heitere, unterhaltende Note abgestimmt sein. Stücke, die politische und soziale Zeitprobleme behandeln, werden zurücktreten bzw. auf die Sonderabteilung beschränkt bleiben.“ Die Herren Fachmänner, die diesen Satz ausgespielt haben, haben ihre gläubigen Leser falsch unterrichtet. Sie haben — hoffentlich nur darum, weil sie die „Blätter der Volksbühne“ gar nicht vor die Augen bekommen haben — ihren aufgeschreckten Lesern vorenthalten, wie es im Text weitergeht. Es ist notwendig, diesen Text vorzuführen: „Die Leitung der Volksbühne verschließt sich nicht der Tatsache, daß die große Mehrheit der Mitglieder gerade in Zeiten wie den jetzigen, ein starkes Bedürfnis nach Aufheiterung und Entspannung haben. Diesem Bedürfnis soll Rechnung getragen werden! Dabei wird natürlich nach wie vor im Spielplan der Volksbühne alles Minderwertige, Kitschige und Verlogene ausgeschaltet bleiben, und das Leichte, Unterhaltende wird ernste, erschütternde Werke nicht verdrängen. Was Inszenierungen und Darstellungen betrifft, so werden sie auf gleicher Höhe stehen wie bisher. Im Theater am Bülowplatz bleibt Karl Heinz Martin künstlerischer Leiter, Günther Stark sein Helfer als Dramaturg und Regisseur. Das Ensemble wird die besten der bisher versprochenen Kräfte auch



weiterhin vereinigen; einige wertvolle Neuenagements sollen es bereichern. Als Gäste sind auch für das nächste Jahr wieder Max Ballenberg und Hans Albers gewonnen. Über ihnen werden Käthe Dorsch und Fritz Kortner spielen. Die Vorstellungen im Schillertheater werden Gelegenheit bieten, alle wesentlichen Kräfte des Staatlichen Schauspielhauses kennenzulernen. Legal, Jehner, Fehling, Lindberg u. a. werden Regie führen. Die Oper Unter den Linden wird Kleiber, Klemperer, Blech am Dirigentenpult zeigen. Darf man annehmen, daß, wenn so das kurz umrissene Programm der Volksbühne und nicht nur ein herausgebrochener Satz der Öffentlichkeit unterbreitet worden wäre, der törichte Lärm, der von den bürgerlichen Kritikern angefangen worden ist, nicht hätte entstehen können?

Der ominöse Satz, wie ihn Restriepke niederschrieb, enthält genau das, worüber die Verwaltung, der künstlerische Ausschuss und der künstlerische Leiter der Volksbühne so und so oft miteinander gesprochen haben und worüber sie alle miteinander einer Meinung waren. Es ist ja auch nichts gar so Erstaunliches, daß die Mitglieder der Volksbühne in diesen trüben Zeiten ein heiteres und unterhaltendes Theater haben möchten. Was das Zeitstück anbelangt, genauer gesagt: das Revolutionsstück, — so dürfte es wohl Sache derer, die Revolution zu machen haben, sein und bleiben, ob sie es wünschen, ob sie es zurückstellen wollen. Die Herren Kritiker sollten bedenken, daß für den Arbeiter das revolutionäre Theater nicht nur ein kurioses Amüsement ist, nicht nur ein Nervenkügel, vielmehr eine Erregung, die an die Wurzel des Willens greift, eine äußerste Anspannung, ein Vorkampf des Geistes. Es ist auch nicht recht einzusehen, (darüber ist schon früher gesprochen worden), warum die bourgeoise Theaterkritik durchaus etwas fordert, was Zeitkritiker und Börsensachmann des gleichen Blattes verabscheuen. Und schließlich sollten die literarisch gut geschulten Herren nicht übersehen, daß auch heitere und unterhaltende Stücke der künstlerischen Forderung genügen können und daß letzten Sinnes jedes Theater zeitlich und politisch ist.

Wozu also der ganze Lärm? Niemand hat Karl Heinz Martin, dem es an berechtigter Anerkennung nicht gefehlt hat und der solche Anerkennung für das letzte Theaterjahr verdient, irgendwelche Schwierigkeiten gemacht. Der künstlerische Leiter der Volksbühne hat unzweifelhaft mehr Freiheit als irgendein Direktor oder Intendant eines staatlichen oder städtischen Theaters. Martin wird das nicht leugnen können; er wird zugeben müssen, daß der demokratische Kontrollapparat der Volksbühne sehr tolerant ist. Gewiß der künstlerische Ausschuss begutachtet die eingereichten Stücke, gewiß, sämtliche Instanzen der Volksbühne besprechen mit dem künstlerischen Leiter den Spielplan; aber so bitter erst, wie das jetzt dargestellt wird, ist solche Mitwirkung nicht zu bewerten, dazu sind alle Beteiligten zu gutwillig und zu kunstsüchtig. Martin hat nie irgendwelche besonderen Schwierigkeiten gehabt, den Spielplan nach seinen Wünschen zu gestalten, und in seine Regieleistung ist ihm nie irgend etwas, was Bedeutung haben könnte, hineingeredet worden. Auch an dem Spielplan, den Karl Heinz Martin vor wenigen Wochen vorgelegt hat, an dem Spielplan also, um den der Streit geht, haben künstlerischer Ausschuss und Verwaltung kaum etwas auszusagen gehabt. Unmöglich kann Martin sich eingeeengt fühlen, weil Bedenken gegen „Aufstand in Rasuren“ vorgebracht wurden, gegen ein problematisches Stück, das sich mit dem Kapp-putsch befaßt, aber sowohl dafür als dagegen ausgelegt werden kann. Unmöglich kann Martin sich eingeeengt fühlen, weil mit einiger Vorsicht auf Brückners Bearbeitung des „Limon“ gewartet werden soll und weil Feuchtwangers Bearbeitung von „Aristophanes“ einigen Mitgliedern der Verwaltung und des künstlerischen Ausschusses Sorgen macht. Derartige Dispute dürften zu den Selbstverständlichkeiten in jedem Theaterbetrieb gehören. Darüber hinaus aber kann Martin nichts vorbringen, was ihn hätte hindern können, seine künstlerischen Pläne zu verwirklichen. Niemand wollte ihn daran hindern, niemand will ihn daran hindern; er kann und soll, genau so wie bisher, seine künstlerischen Absichten durchführen. Nur eins, nur Zweierlei, nur Selbstverständliches wird er beachten müssen: das Budget der Volksbühne und eben den Tatbestand, daß das Theater, dem er seine Kraft leiht, die Volksbühne ist — und daß es nicht Karl-Heinz-Martin-Theater heißt.

Der Froschmäuselkrieg um die Berliner Volksbühne dürfte auf einem Mißverständnis beruhen. Niemand, auch nicht die Ordner, die doch nichts anderes sind als die Vertrauensleute der Mitglieder, haben etwas gegen Karl Heinz Martin; es gibt einen Konflikt zwischen den Ordnern und Heinrich Rest. Heinrich Rest aber ist Fleisch vom Fleisch der Ordner und der Streit, der sich hier aufgetan hat, eine menschlich tiefbetrüblige Angelegenheit, ist wirklich nichts, was irgendwie mit Kunst, mit deren Freiheit oder deren Beengung, zu tun hat. Vielleicht fürchtet Karl Heinz Martin, daß durch den Fortgang Rests ihm Unbequemlichkeiten entstehen könnten; er kann ganz unbesorgt sein. So bedauerlich es sein würde, wenn Heinrich Rest der Berliner Volksbühne wirklich verloren gehen sollte: Martin und die künstlerische Freiheit werden darunter nicht zu leiden haben. Es wird auch kein Mitglied der Verwaltung, kein Ordner sich widersetzen, wenn Karl Heinz Martin oder sonst irgendein Berufener Vorschläge für eine Reform, gar für eine Umgestaltung der Volksbühne zu machen hat. Wie dies Karl Heinz Martin in seinen inzwischen berühmt gewordenen fünf Punkten getan hat. Es trifft nicht zu, daß Martins Programm mit Hohn abgelehnt worden sei; man hat es diskutiert, man wird es weiter diskutieren, man wird sich einig werden. Eins freilich bleibt Voraussetzung: die Wahrung der Disziplin für jedermann, aber wirklich für jedermann, die Vermeidung überflüssiger Erregung und die Ausschaltung derer, die das Vereinsleben der Volksbühne nichts angeht.

Wegen unbefugter Uebersiedlung von deutschem Reichsgebiet ohne Paß wurde der polnische Fliegerhauptmann Giedgowz aus Warschau, nachgelandet und verhaftet in Ostpreußen, vom Schnellrichter in Braunsberg zu sieben Tagen Haft verurteilt, die durch die Untersuchungschaft verbüßt sind.

# Hitler-Partei für Hohenzollern.

## Eine Geheimkonferenz in Schlesien.

Man schreibt uns:  
Vor kurzem fand auf dem Schloß der Leiterin des „Königin-Luise-Bundes, Gau Schlesien, eine bedeutende politische Konferenz statt, deren Teilnehmer sich aus den Kreisen des schlesischen sogenannten Adels und Großgrundbesitzes, sowie des „Stahlhelm“ rekrutierten. Gegenstand der Tagung sollte sein eine Besprechung der allgemeinen politischen Verhältnisse in Preußen und im Reich. Unmittelbar nach Eröffnung der Konferenz erschien — feierlich begrüßt — das verheiratete Kronprinzenpaar!  
Vor diesem Gremium — profane Nationalsozialisten hätte man geflüchtig ferngehalten! — sprach der Gauleiter der Hitler-Partei in Schlesien, Reichstagsabgeordneter Brückner. Nachdem er sich in längeren historischen Darlegungen versucht hatte, erklärte er mit erhobener Stimme, daß die NSDAP. planmäßig auf die Errichtung einer Monarchie, die über dem Parlament und über den Parteien stehe, hinarbeite und zum gegebenen Zeitpunkt mit diesem Programm vor die Öffentlichkeit treten werde; von gewissen Kreisen werde als notwendige Vorstufe hierzu eine besondere Art der „Regentschaft“ propagiert. Die Hitler-Partei betone jedoch zu diesem Plan, dem sie durchaus nicht abweisend gegenüberstehe, daß für diese Regentschaft, ebenso wie für die Monarchie, „nur ein Mitglied des Hohenzollernhauses“ von ihr anerkannt würde. Diese Erklärung, die Brückner mit einem vielstimmigen Beifall auf das Kronprinzenpaar abgab, löste größte Bewegung im Saale aus und erzeugte frenetischen Beifall.  
Brückner gab ferner bekannt, daß zu Anfang Juni in Oels, dem Stammsitz des Ex-Kronprinzenpaares, ein gemeinsamer Aufmarsch der Hitlerischen Sturmabteilungen und des schlesischen Stahlhelms erfolgen werde, die Parade würde vom ehemaligen Kronprinzen und vom Minister Franz von „Seite an Seite“ abgenommen. Er, Brückner, messe diesem Juniaufmarsch, an welchem sich eine eingehende Aussprache zwischen den Führern der Hitler-Partei, des Stahlhelms und dem Herrn Wilhelm Prinz von Preußen anschließende werde, die „größte politische und historische Bedeutung“ bei.  
Schließlich erklärte Brückner, es sei „durchaus kein Zufall“, daß die NSDAP. seit Monaten schon und in nunmehr verstärktem Umfange den Hohenzollernprinzen August Wilhelm als Kandidat austreten lasse. „Es käme im jetzigen Stadium der Entwicklung darauf an, die „Massen des verhegten deutschen Volkes wieder an ihre Tradition heranzuführen“; der Proletariat brauche, um überhaupt leben zu können, einen festen Anker, der „gleichermassen im Gefühl und in der Vernunft verankert“ sei. Diesen „Anker“ könne — neben einer starken, nationalen und sozialen Reichsleitung durch neue Männer — nur die Hohenzollernmonarchie“ gewähren.  
Auf eine Zwischenfrage über die hohenzollernmeindliche Stellung, die in den Schriften Gottfried Feders zum Teil in sehr drastischer Weise zum Ausdruck gekommen sei, erklärte Brückner, daß Feder seinen „Irrtum“, der auf die systematische Massenverhegung nach der Revolution zurückzuführen sei, längst als solchen erkannt und

revidiert habe; im übrigen seien die entsprechenden Stellen in Feders Schriften bei der Neuauflage gestrichen.

Mit keinem Wort ging Brückner auf die Stellung der Hitler-Partei zu der Wittelsbacher und den übrigen Ex-Dynastien ein; Anfragen in dieser Richtung wurden seifamerweise nicht gestellt.

Zu dieser offenen Schwelung der Hitler-Partei zum Gedanken der Hohenzollernmonarchie erfahren wir, daß sie in weiten Kreisen der NSDAP. erhebliche Mißstimmungen erzeugt hat. Obwohl man durch geschickte Regie gefühlvoll bestritten war, die Tatsache und — vor allem — das Ergebnis der Konferenz vorerst geheim zu halten, war es doch nicht zu vermeiden, daß die Rede des Abgeordneten Brückner die Runde durch die Öffentlichkeit der Partei machte.

## Adolf startet im Sportpalast.

### Wie beim Sechstages-Rennen.

Als wäre er Lothar Ehmer, der Sechstagesliebhaber der Damenwelt, als wäre er gar Hanne Breitensträter in seinen besten Tagen, genau so wurde Adolf Hitler gestern im Berliner Sportpalast empfangen. An der Wand hing sein Bild, käuflich für 10 M. in drei Monatsraten ohne Anzahlung. Auf dem Tisch lag eine Monographie: „Adolf Hitler, von Millionen enthusiastisch geliebt...“ Draußen stand man Schlange: „Wir wollen Adolf Hitler sehen! Als er einmarschierte, bröhrte minutenlang „Heil Hitler“. Junge Mädchen sahen: „Heil mir doch auf den Tisch, ich kann ihn nicht sehen!“ Betagte Herrschaften stürzten: „Ob wir wohl die Treppe hinaufgehen dürfen, damit wir ihn sehen können?“ Brennende Zigaretten versengten unter „Heil Hitler“ fremde Jodetts, Biergläser zerplitterten unter „Heil Hitler“, selbst der biedere alte Herr auf der Toilette bediente sich unter „Heil Hitler“ des Faschistengrusses. Es war großartig!

Dann sprach Hitler drei Viertelstunden, ohne etwas zu sagen. „Als wir vor zwölf Jahren in die Bewegung eintraten, waren wir sieben Mann. Was wir erreicht haben, kann jeder sehen.“ Und eine Schilderung, ausführlich bis dorthinaus, der eigenen und immer wieder der eigenen Leistung folgte. ER wird gefeiert wie Wilhelm und ER spricht wie Wilhelm. ER weiß nichts von den Millionen Arbeitslosen. ER weiß nichts von sozialer, kultureller und nationaler Not, ER löst das Problem der Außenpolitik mit einem Satz: „Wir glauben nicht an internationale Verständigung, wir glauben nur an unsere eigene Kraft.“ Punkt, erledigt, Deutschland erwache, Heil Hitler!

Die „erzwungene Legalität“ streift er mit einem Satz. Sein eigentliches Thema „Preußen und der Nationalismus“ behandelt er mit einem Schulaufsatz aus der Terzta und erklärt, die Nationalsozialisten seien die Erben des alten Preußen. Seine Parteifreunde, die Junker in Pommern und Ostpreußen und die Großkapitalisten im Westen, werden das gerne hören.

Der Kampf des Wehrministeriums ist überwunden worden, auch die Fieberkrankheit des Bolschismus wird vorübergehen.

## Zum Parteitag.

### Die Rundgebung am Eröffnungstag.

Das Parteitagskomitee Leipzig stellt mit: Um die Durchführung der Demonstration am Sonntag, dem 31. Mai reibungslos zu gestalten, die eintreffenden auswärtigen Teilnehmer geordnet einzureihen, sowie ihnen ihre Stellplätze mitteilen zu können, erlauben wir die Bezirke und Ortsgruppen, die ungefähre Teilnehmerzahl und die Zeit ihres Eintreffens in Leipzig bis spätestens zum 24. Mai dem Bezirkssekretariat Leipzig, Luchauer Straße 19-21, mitzuteilen. Erwünscht ist vor allem auch die Angabe, ob die teilnehmenden Genossen per Bahn (Sonderzug, Gesellschaftsfahrt) oder Transportautos eintreffen.

Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Ärzte veranstaltet im Zusammenhang mit dem Parteitag in Leipzig einen Sozialdemokratischen Arztetag am 31. Mai 1931; Beginn 10 Uhr im Gesellschaftshaus des Zoologischen Gartens. Das Hauptreferat hält Genosse Professor Dr. Knack-Hamburg, über das Thema „Der bürgerliche und der sozialistische Arzt“. Nach der Diskussion kommen Organisationsfragen zur Sprache. Treffpunkte: Sonnabend- und Sonntagabend im Volkshaus, Sonntagmittag im Zoologischen Garten. Alle parteigenösslichen Ärzte und Zahnärzte sind willkommen. Rückfragen beantwortet der Schriftführer Dr. Birnbaum, Berlin-Weißensee, Berliner Allee 19.

## Der hastige Kreuzer.

### Das nautische Zwischenspiel beim Stapellauf.

Panzerschiff A (Graf Preußen) hat den Veranstalter der „Roter Wache“ einen Streich gespielt, als es den Herrn Reichstagsminister aus dem Konzept brachte und die Stapellauf nicht erst obwarlete, sondern schleunigt und programmwidrig den Weg ins Wasser suchte.

Oben auf der Tribüne standen der Reichspräsident, der Reichstagsminister, der Wehrminister und Minister Treutmann und machten ziemlich verdugte Miemen für einen Augenblick unterbroch Dr. Brüning seine Rede und schaute sich hilflos um. Daß ein Tauffling sich eigenmächtig der Taufe entzieht, schien ihn doch noch nicht vorgekommen zu sein. Währenddessen schaukelte der Schiffsrumpf im Wasser, als ob das so ganz selbstverständlich sei. Kurz entschlossen rief der Reichspräsident dem enteinten Kreuzer den Tauffpruch nach und oben auf Deck war man so geistesgegenwärtig, schnell die Namenschilder herunterzulassen. Deht weiß man wenigstens, daß der neue Kreuzer amtlich den Namen „Deutschland“ führen wird. Manche Leute, die abergläubisch veranlagt sind, leiden inzwischen an der Zwangsvorstellung, der neue Kreuzer könnte auch später so selbständig und vornehmlich handeln, wodurch noch unangenehme Situationen herbeigeführt werden, wie die auf der Werft angefaßts der feierlichen Festversammlung.

Damit bei dem Ernst auch der Humor zur Geltung komme, haben übrigens, wie sie nachträglich mitteilen, sechs Reichstagsabgeordnete der Hitler-Fraktion demonstration die Feier verlassen, weil die Heidenjünglinge der Nazi-Presse offiziell nicht eingeladen worden waren. Nun haben diese Hatentreuherbediensteten zwar eben erst bewiesen, daß sie einen Remorqueur nicht von einem Scheinpfing unterscheiden können, aber sie sollten doch zugelassen werden, selbst wenn sie einen Panzerkreuzer für einen Hatentreuher halten würden.

Reichswehrminister Groener hat übrigens noch eine Rede gehalten, bei der er dem Reichspräsidenten und den Reichstagsminister Brüning als die Männer feierte, denen Deutschland dieses Glück

hastige Schiff verbannt. Hindenburg hat sich schließlich an Bord eines — alten — Kreuzers begeben und macht nautische Schießmander in der Distanz mit.

## Prozesse am laufenden Band.

### Kommunistische Abgeordnete und Redakteure vor Gericht.

Die Aufhebung der Immunität durch den Reichstag hat geradwegs eine Hochflut von „politischen“ Prozessen verursacht. So kamen gestern in Roabit eine Reihe Fälle zur Aburteilung, teils zur Verurteilung. Die kommunistische Reichstagsabgeordnete Frau Wittenberg hatte es vorgezogen, der Gerichtsverhandlung fernzubleiben. Die Anklage gegen sie lautete auf Aufforderung zur Begehung strafbarer Handlungen und auf schweren Landfriedensbruch. Frau Wittenberg hatte am 17. Oktober vor dem Einfahrtsort der Weierei Bolle in Alt-Roabit aufgefordert, den zur Unterstützung der streikenden Metallarbeiter eingeleiteten Bolle-Streit weiterhin mit allen Mitteln durchzuführen. Es kam zu Ausschreitungen. Frau Wittenberg wurde festgenommen und ein Haftbefehl gegen sie wegen Landfriedensbruchs erlassen. Gemäß Artikel 37 Absatz 3 der Reichsverfassung mußte er jedoch aufgehoben werden, da zur Strafverfolgung wie auch zur Verhaftung die Genehmigung des Reichstages erforderlich war. Das Gericht erließ gestern gegen die zum Termin nicht erschienene Frau Wittenberg einen Vorführungsbefehl.

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Schneller hatte sich gleich wegen fünf Anklagen zu verantworten. Wegen Beschimpfung der katholischen Kirche — er handelte sich um geschmacklose Glossierung des Dogmas von der unbesetzten Empfängnis — erhielt er als verantwortlicher Redakteur der „Roten Fahne“ einen Monat Gefängnis. Ein zweiter Artikel in der „Roten Fahne“ „Wir warnen vor Seering“ brachte ihm drei Monate Gefängnis ein. Seering wurde in dem Artikel als „der schlimmste unter den sozialdemokratischen Bluthunden“ bezeichnet, als „Vatari des Faschismus, ohne Rückgrat, ohne Ehre und ohne Recht“. Gefängnis gehöre zu Seering, hieß es weiter, wie das Beil zum Henker. Von der Anklage der Aufforderung zum Steuerstreik wurde Schneller freigesprochen. Dagegen wurde er wegen Beleidigung des Ministers Schiele zu 300 Mark verurteilt. In einem Artikel „Wer stiehlt dir das Brot?“ war Schiele Hungerminister genannt worden. Schließlich hatte sich Schneller noch wegen Beleidigung von Polizeibeamten zu verantworten. In einem Artikel „Todesopfer der Jürgelbel-Raketen“ wurde behauptet, daß Polizeibeamte während der Arbeitslosen demonstration am 6. Juni 1930 durch Dumbumgeschosse den Tod des Arbeiters Frischmann verursacht hatten. Die Geldstrafe betrug diesmal 700 Mark.

Vor einer anderen Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte stand gestern der Redakteur der „Roten Fahne“ Karl Seihmann. In der Nummer 17 der „Roten Fahne“ vom 21. Januar 1930 war ein Artikel erschienen mit der Ueberschrift: „SPD-Minister Leuchner erhält eine Abreibung“. Der Mann, der Wormser Arbeiter niederschießen ließ.“ Es wurde darin gesagt, der hollische Minister des Innern habe durch seine Bürgerkriegsgarde zwei Jungarbeiter ermorden lassen. In Wirklichkeit ist aber in einer Verhandlung vor dem Bezirkschöffengericht in Darmstadt festgestellt worden, daß die Polizei bei jener Erwerbslosen demonstration in Worms von der Schußwaffe erst Gebrauch gemacht hatte, nachdem sie von den Demonstranten mit Steinen beworfen und beschossen worden war. Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den Redakteur Seihmann zu 500 Mark Geldstrafe.



# Polizei und Wirtschaft.

Ein Vortrag des Polizeipräsidenten Grzesinski.

Auf dem Polizeitag der Vereinigung für polizeiwissenschaftliche Fortbildung sprach gestern der Berliner Polizeipräsident Albert Grzesinski über „Die Polizei im Dienste der Wirtschaft“.

„Sicher ist“, so sagte er, „von allen Themen, die zur Tagesordnung stehen, die Frage Polizei und Wirtschaft deshalb besonders schwierig, weil sie die meiste Aufmerksamkeit in der Literatur ist, wenig behandelt, und wenn ich Bemerkungen grundsätzlicher Art vorausschicke, so muß ich schon politisch werden. Denn die Frage Polizei und Wirtschaft hat im Hintergrunde die größere Frage: Staat und Wirtschaft. Jeder Eingriff stört gewisse Freiheitsrechte in der wirtschaftlichen Betätigung, die nach der Verfassung zu den Grundrechten des Staatsbürgers gehören. Aber schon vor dem Kriege hat der Staat dieses Grundrecht eingeschränkt. Der liberale Staat war durch zwingende Gründe veranlaßt, die schrankenlose Wirtschaftsfreiheit einzudämmen, aus der eine Vernichtung der gesellschaftlichen Ordnung drohte, da sie wesentliche gesellschaftliche Funktionen nicht zu erfüllen vermochte. Die notwendige gesellschaftliche Befehlsgewalt, in der wir während des Krieges und in den ersten Jahren nach dem Kriege lebten, und ohne die einem schrankenlosen Egoismus Tor und Tür geöffnet gewesen wären, wurde 1923 kodifiziert, und ich bedauere die gesetzgeberischen Schritte von 1927, durch die eine Aufhebung erfolgte. Die Polizei als Kontrollinstanz für die Nahrungsmittelversorgung, die Polizei in ihrer Eigenschaft als Bau- und Feuerpolizei ist heute für die Gesamtheit schon etwas vollkommen Selbstverständliches, so daß bei irgendeinem Mangel sofort gerufen wird: „Wo bleibt die Polizei?“ In den Fragen des Arbeitsschutzes gibt es Dinge, über die sich kein Deutscher heute mehr den Kopf zerbricht.

In den Vereinigten Staaten aber hat der Oberste Gerichtshof ein Gesetz gegen die Kinderarbeit aufgehoben, weil es gegen die Grundrechte der amerikanischen Verfassung verstoße.

Ein Staat der USA. hatte ein Arbeitszeitgesetz über den Achtstundentag angenommen, auch dieses wurde als verfassungswidrig aufgehoben. Mancher erreichte Fortschritt gilt bei uns als selbstverständlich, während er in anderen Ländern noch Gegenstand des Kampfes ist. Seit die deutsche Republik in ihrer sozialen Befehlsgewalt an die Spitze aller Länder getreten ist, haben sich Pflicht und Möglichkeit zu Eingriffen im Interesse der Allgemeinheit in Rechte des einzelnen erhöht. Neu ist, daß der Schutz der wirtschaftlich Schwachen vor dem Schutz des wirtschaftlich Starken steht, weil ein anderes Verfahren höchste Allgemeininteressen der Gesamtbevölkerung gefährden würde.

Der Redner ging dann im einzelnen auf die Nahrungsmittelkontrolle, auf die Arbeit der Gewerbetreibenden, die Seuchenbekämpfung, die auch beim Publikum zu Ansehen und Beliebtheit gelangte Tätigkeit der Verkehrspolizei, die Durchführung der Reichsgewerbeordnung u. a. ein. Bei der Behandlung der Arbeit der Bau-polizei betonte er, daß wir viele Bauverträge früherer Zeit wieder gut zu machen hätten. Das Bestehen so vieler Mietkasernen, das wohl heute von allen als Sünde der Vergangenheit anerkannt wird, legt der Polizei besonders ernste Pflichten auf. Es handelt sich nicht nur um Sonne, Trockenheit und Luft für die Bewohner, sondern auch um moralische und festliche Sicherheit, namentlich der Heranwachsenden.

Grzesinski schloß: Von der Wiege bis zum Grabe steht der Mensch, hoffentlich meist im guten Sinne, unter Polizeiaufsicht. Kein wirtschaftliches und persönliches Gebiet bleibt unberührt. Das erhöht die Anforderungen an die Beamtenchaft. Nicht nur Pflicht-treue und Eifer, nicht nur reiches Wissen sind notwendig. Ein verständiger, freier, aufrechter Mensch, der helfen und fördern will, ist das Wichtigste. Der Mensch ist und bleibt das Maß aller Dinge, aber erschrecken wir nicht vor der Größe der Aufgabe, sondern meistern wir sie in dem Bewußtsein, daß schwere Zeiten immer ganze Männer gefunden haben.“

Der Nachmittag war einem Vortrag „Die Technik im Dienste der Polizei“ gewidmet, den Professor Baetjens vom Polizeiausschuss für Technik und Verkehr hielt. Eine Besichtigung von Vorführungen der Firma Siemens u. Holste über Verkehrsfluganlagen, Fernschreibertechnik, Chiffriermöglichkeiten u. a. schloß sich an.

# Grminister als Angeklagter.

Der französische Senat als Staatsgerichtshof.

Paris, 19. Mai. (Eigenbericht.)

Der Senat, der sich am 2. April auf Antrag der Kammer als Staatsgerichtshof konstituiert hatte, um die in dem Duxrie-Standal kompromittierten früheren Minister Pétel, Besnard, Vidal und Fabre abzuurteilen, trat am Dienstag nachmittag unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Renoult zu seiner zweiten Sitzung zusammen. Die Tribüne war schon lange Zeit vor der Eröffnung der Sitzung bis auf den letzten Platz besetzt, hauptsächlich von Frauen. Inmitten laulicher Stille wurden die vier Angeklagten mit ihren Verteidigern in den Saal zur Anklagebank geführt. Nach dem Personalverhör verlas der Generalsekretär die umfangreiche Anklageschrift, die zu der Schlussfolgerung kommt, daß sich

Pétel als Finanzminister und als Justizminister in persönlichem Interesse für eine Partei entschieden hat und Rechtsberater in einem privaten Unternehmen gewesen ist, dessen Überwachung ihm oblag. Die übrigen Angeklagten werden der Missetat beschuldigt.

Die Kompetenz des Staatsgerichtshofes werde als erweisen angesehen, aber eine ergänzende Untersuchung für notwendig erachtet.

Der Verteidiger Pétels erklärte, sein Klient habe sich keines Vergehens schuldig gemacht, da die Duxrie-Bank wie alle privaten Banken nicht unter der Kontrolle des Finanzministers stehe. Ebenso erweise ihm die Anklage nach Artikel 183 nicht gerechtfertigt. Dieser schon 125 Jahre alte Text sei noch niemals angewandt worden. Der Artikel sehe außerdem die Absicht eines Vergehens voraus, die man bei dem Angeklagten nicht feststellen könne. Die Pétel vorgeworfenen Vergehens existierten also nicht, und er müsse gegen die Anklageschrift protestieren. Er beantrage aber den sofortigen Beginn des Prozesses, damit sein Klient nicht weiter unter einer furchtbaren Anklage leide, die keine Berechtigung habe. Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung gab Pétel eine Erklärung ab, in der er die ihm vorgeworfenen Vergehens als absurd bezeichnete und die Richter bittet, ihn sofort abzuurteilen, damit er so schnell wie möglich seinen Platz inmitten seiner Kollegen wieder einnehmen könne, derer er nicht unwürdig sei. Dann protestierten auch die Verteidiger der drei übrigen Angeklagten gegen die ihnen vorgeworfenen Vergehens.

Odenburger Landtag am 10. Juni. Wie die Pressestelle des odenburgischen Staatsministeriums mitteilt, wird der Landtag am 10. Juni einberufen werden.

# Die begrabene Weltrevolution.

(Litwinow schlägt in Genf einen wirtschaftlichen Richtangriffspunkt vor.)



Litwinow: „Auf dem Hügel können die kleinen Deutschen allein weiterspielen. Ihr geht arbeiten!“

# Henderson Abrüstungspräsident.

Vom Rat einstimmig vorgeschlagen.

V. Sch. Genf, 19. Mai. (Eigenbericht.)

Mit dem heutigen Beschluß des Völkerbundesrates, ein Gutachten des Haager Gerichtshofes über die rechtliche Zulässigkeit der Zollunion einzufordern, hat die Genfer Tagung ihren Höhepunkt überschritten. Am Abend wurde in einer geheimen Sitzung des Rates

einstimmig beschlossen, den englischen Außenminister Henderson zu ersuchen, den Vorsitz der Abrüstungskonferenz im Februar 1932 zu übernehmen.

Wenn Henderson sich Bedenken zur Rücksprache mit seinen Ministerkollegen in London erheben hat, so ist das wohl nur formaler Natur. Bezüglich des Ortes der Konferenz ist zwar noch kein definitiver Beschluß gefaßt worden, weil man höflichkeitshalber dem spanischen Außenminister Ferraz die Möglichkeit lassen will, für Barcelona zu plädieren. Aber jeder weiß schon jetzt, daß die Wahl auf Genf fallen wird, das inzwischen alle gewünschten Zusicherungen für Unterbringung, Besserung der Verkehrsverhältnisse und Reduzierung der horrenden Preise gegeben hat; daß diese Versprechungen eingehalten werden, wird allerdings vielfach bezweifelt. Die Wahl Hendersons als Vorsitzender ist gewiß vom Standpunkt derer, die die Konferenz nicht scheitern lassen, sondern eine wirklich sichtbare Herabsetzung der Rüstungen erreichen wollen, die denkbar glücklichere. Er ist vielleicht kein solcher „Fachmann“ des Abrüstungsproblems, wie der von Frankreich und seinen alliierten

Bundesgenossen seinerzeit so stark empfohlene Dr. Beneš, aber die Erfahrungen der letzten Jahre beweisen gerade in bezug auf die Abrüstung, daß Fachleute oft genug eine Gefahr für die Erzielung positiver Ergebnisse bilden. Nicht nur als Sozialist, der sich seit Jahren, gestützt auf eine große Arbeiterpartei, für die Abrüstung eingesetzt hat, sondern auch als Außenminister der größten Weltmacht

besitzt Arthur Henderson bei den Regierungen die Autorität und bei den werksfähigen Massen das Vertrauen, wie kein anderer Staatsmann der Gegenwart, um ein konkretes Ergebnis allen Sabotageversuchen und Widerständen zum Trotz zu erzielen.

Sogar die Sowjetregierung hat sich kürzlich für die Wahl Hendersons ausgesprochen, und damit dürfte auch dem internationalen Bolschewismus ein Agitationsargument aus der Hand geschlagen sein. Schließlich ist noch zu bedenken, daß die Schwierigkeiten der künftigen Konferenz vor allem aus den Rüstungen zu Lande kommen werden. Die Gegenstände in der Abrüstung zur See sind schon zum größten Teil durch die von Henderson geleitete Londoner Konferenz des vergangenen Jahres aus dem Wege geräumt worden. Nun ist England als Seemacht am ehesten in der Lage, einen Ausgleich bei den schwierigen Gegenständen einer Abrüstung zu Lande herbeizuführen. Aus allen diesen Gründen kann Deutschland, kann auch der internationale Sozialismus den heutigen Ratsbeschluß nur lebhaft begrüßen.

# Der „Angriff“ muß zahlen.

Stennes-Mannen gegen Diller. — Die Opfer der Berliner Revolte klagen.

Die Angestellten des „Angriff“ aus der RSDAP, die nach dem Siege Hillers über Stennes freilich entlassen wurden, klagen beim Arbeitsgericht gegen ihre Entlassung. Elf Anhänger von Stennes traten als Kläger auf. Ihre Freunde füllten den Zuhörerraum. Die Richtung Hiller wurde repräsentiert durch die Vertreter der Beklagten und ihre Zeugen. Feindselige Äußerungen gegen diese aus dem Zuhörerraum wurden durch den Vorsitzenden mehrmals gerügt. Als aber das Gericht sich zur Beratung zurückgezogen hatte, da gab es kein Halten mehr. Den Anfang machte ein Zuhörer, der dem Privatsekretär des Dr. Goebbels einen „Auslieferung“ an den Kopf warf. Andere Leute aus beiden Lagern mischten sich ein. Den Schimpfworten folgten Drohungen. Einige besonders erregte „rauhe Kämpfer“ forderten ihre Gegner auf, herauszukommen und ihre Gegenseite draußen zum Austrag zu bringen. Als das Gericht wieder erschien, hatten sich die Gemüter soweit beruhigt, daß die Verhandlung nicht gestört wurde.

Im Gegensatz zu der Kampfstimmung der Zuhörer ging es vor dem Richterisch recht friedlich zu. In mehreren Fällen wurden außergerichtlich geschlossene Vergleiche protokolliert, in anderen Fällen stehen Vergleiche in Aussicht. Einem Kläger, den die Beklagten als Büroboten bezeichneten, den das Gericht aber als kaufmännischen Angestellten anerkannte, wurde das Gehalt für April, Mai und Juni zugesprochen. Zu diesem Falle wurde Schimmelmann, Privatsekretär bei Dr. Goebbels, vernommen, der unter anderem sagte: „Ich habe den Kläger beobachten lassen und festgestellt, daß er im feindlichen Lager steht.“

Diese Angabe wurde durch kräftiges „Bist Du Deibel!“ aus dem Zuhörerraum beantwortet.

Der Botenmeister des „Angriff“ forderte außer Bezahlung der Rindigungszeit auch Bezahlung von Überstunden, wovon er täglich 3, 4, auch 5 machen mußte. Er ist der Meinung, daß ein „sozialistischer Betrieb“, wie es der „Angriff“ sein wolle, keine unbezahlte Arbeit von seinen Angestellten verlangen dürfe. Stabsordner Engel, der den beklagten „Angriff“ vertrat, erklärte es dagegen für „Parteipflicht“, daß ein Angestellter eines Parteibetriebes Überstunden ohne Bezahlung zu machen habe. (Ganz wie bei der RPD.)

Das Gericht sprach dem Kläger die Überstundenbezahlung zu.

ebenfalls die Bezahlung der Rindigungszeit, weil der Parteiwechsel eines Angestellten in einem Parteibetriebe kein Grund zur fristlosen Entlassung sei.

# Belagerungszustand aufgehoben.

In Madrid. — Bischof ausgewiesen.

Madrid, 19. Mai. (Eigenbericht.)

Der Belagerungszustand für Madrid, Stadt und Provinz, wurde am Montagabend aufgehoben. Mit dem Wiedererscheinen der liberal-konservativen Zeitung „Debate“ ist für heute zu rechnen; gegen das zweite verbotene Blatt „ABC“ ist eine Gerichtsverhandlung im Gange, es wird auch weiterhin nicht erschießen.

Der Bischof von Vitoria verließ auf Aufforderung des Innenministers am Montag Spanien und begab sich über die französische Grenze. Der Bischof hatte trotz verschiedener Warnungen immer wieder monarchistische Propaganda in schärfster Form getrieben und vor kurzem sogar in monarchistischen Geheimversammlungen präsidiert. Der Bischof von Malaga ging in Gibraltar an Bord eines Schiffes, das ihn nach Italien bringen soll. Der Belagerungszustand in den andalusischen Bezirken dauert noch an.

# Die sozialistische Parteileitung.

Julian Besteira, der Vorsitzende, Andrés Sabatit, der Sekretär, und andere Mitglieder der Exekutive der Sozialistischen Partei Spaniens haben im Februar d. J. ihre Funktionen niedergelegt. „El Socialista“ (Madrid) berichtet nun, daß nach der Urwahl sich die Exekutive aus folgenden Mitgliedern zusammensetzt: Vorsitzender Remigio Cabella, Vorsitzenderstellvertreter Francisco Largo Caballero, Sekretär, Kassierer Manuel Albor, Hilfssekretär Antonio Fernandez Oyer, Schriftführer Benigno Carrillo, Beisitzer Fernando de los Rios, Anstasio de Gracia, Manuel Cardero, Antonio Fobara Ribas, Manuel Bigil und Francisco Azorin.

Reichsdeutsche Pressevertreter bei Bürgermeister Seitz. Die Teilnehmer an der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Presse wurden von Bürgermeister Seitz im Rathaus empfangen. Bei dem Empfange waren der deutsche Gesandte Dr. Reich, die städtischen Funktionäre, viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und zahlreiche Vertreter der Wiener Presse erschienen.



# KONSUM-GENOSSENSCHAFT BERLIN u. UMGEGEND E.G.M.B.H.

## Der Mai ist gekommen!

Reisen, Wanderungen und Wochenendfahrten führen den Berliner wieder hinaus in die freie Natur. Wir erinnern daher an unseren

## Rucksack- und Reiseproviant

und empfehlen für die Sommertage ganz besonders:



### GEG-Sportkonserven

fertige Gerichte, in der Dose aufzuwärmen

	Preis je Dose
Schweinschnauze mit Sauerkraut	0.80
Kasseler Rippensteck mit Sauerkraut	1.15
Garniertes Sauerkraut 1 Paar Würstchen und 2 Scheiben Pökelschinken	0.85
Erbsen mit Speck	1.25 0.65
Weißer Bohnen mit Speck	1.25 0.65
Linzen mit Rauchfleisch	1.25 0.65
Mohrrüben mit Schweinefleisch	1.25 0.65
Filetgoulasch	1.50
Rindsgoulasch	2.00 1.00

### GEG-Fleischkonserven

	Preis je Dose
Leberwurst	0.50
Thüringer Blutwurst	0.55
Ochsenmaulsalat	0.55
Schweinschinken	0.45
Bodwürste, Delikatesswürstchen	1.35, 1.05, 0.85 0.80
Schinkenwürstchen 3 Paar	1.35
Delikatesssalz	0.90 0.55

### GEG-Fischkonserven

	Preis je Dose
Rollmops 1/2 Liter	0.60
Braheringe 1/2 Liter	0.60
Bismarckheringe 1/2 Liter	0.60
Heringe in Gelee 1/2 Liter	0.60
Poring. Oelsardinen	0.50
Norweger Sildsardinen	0.45
Appetitlid	0.65

### Zum Abkochen:

Erbswürste 150 g	Stück 0.32	GEG-Fleischbrühwürfel 3 Stück	0.18
Suppenwürste 150 g	Stück 0.35	Maggis Suppenwürfel	Würfel 0.10

Brennspritzen in Reiseverpackung einschl. Blechküchler 0.93

### Stets angenehm:

Kalifornische Rosinen 250-g-Pak.	0.35	Studentenfutter in Folienpackung	1.15 und 0.40
Malagarosinen o. Kerne, 200-g-Pak.	0.45	Nuxopastillen	Paket von 0.30 bis 0.50
Badrpfanmen 500-g-Paket	0.60	GEG-Schokoladen	100-g-Tafel von 0.25 an
Felgenbananen in Folienpackung	1.51 und 0.30	Erfrischungsbombons	1/2 Pfd. von 0.15 an

### Bananen, Äpfel, Zitronen!

Zigarren, Zigaretten, Rauchtabake in vielen Preislagen!

### Zur Erfrischung:

Himbeersaft 1-l. Flasche	0.70	Erdbeersaft	Flasche 1.40 0.85
Kirschsaft 1-l. Flasche	0.70	Orangeade	Flasche 0.95

Erhältlich in sämtlichen Lebensmittel-Abgabestellen

Windjacken / Rucksäcke / Kartentaschen / Feldkocher / Feldflaschen / Trinkbecher usw., kurzum alle Ausrüstungsgegenstände für den Reise- und Wandersport führen wir in unseren

## Warenhäusern:

Berlin S, Oranienstraße 164/165 Berlin N, Reinickendorfer Straße 21

Die Abgabe der Waren erfolgt in der Konsum-Genossenschaft Berlin nur an Mitglieder

Die Mitgliedschaft kann von jedermann erworben werden



Aufnahmegebühr 50 Pfennig

Mitglieder-Aufnahmen werden in sämtlichen Abgabestellen der Konsum-Genossenschaft Berlin vollzogen

All denen, die unserm lieben

## Erich

die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg mit den herrlichen Kränzen schmückten, sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank.

Familie Franz Heintze.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin

#### Todesanzeige

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Berliner

#### Richard Wilde

am 13. Mai gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 21. Mai, 10 1/2 Uhr, von der Leichhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

#### Nachruf

Vom 1. Mai nach unserm Kollegen, der

#### Karl Romanzig

am 13. Mai nach unserm Kollegen, der

#### Oskar Kluge

geb. 9. Oktober 1884.

Vom 13. Mai nach unserm Kollegen, der

#### Emil Schweiger

Die Beerdigungen haben bereits stattgefunden.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung

### Spritzpumpen

zum Selbstschutz

Filterwasser, Säure, etc.

Krüger & Lohsen

Passauerstr.

106/107

1 Max. Hof, Jussufriedhof

Blumenspenden

jeder Art

Paul Gollatz

varnals Robert Meyer

Mariannenstr. 3

F. B. Oberbaum 1303



**EIS-schränke**  
elektrische  
Kühlschränke  
Bis zu 18 Monatsraten

## Raddatz & Co.

Berlin W 8, Leipziger Str. 122-123

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Die Vertretungsmänner-Konferenz

der Schlichter (soll in diesem Mo-

nat aus.)

#### Zur Beachtung!

Der Pfingstfeiertag wegen bleiben die

Büros am Montag, dem 25., und

Dienstag, dem 26. Mai 1931, geschlossen.

Am Sonnabend, dem 23. Mai ist um

13 Uhr Büroschluss.

Zeichenbedarf  
bei  
JUERGENS



Alexanderplatz  
Neue Königstr. 43

### Homöopathie

Kier., Dis., Gall., Magen-, Darm-, Herz-,

Leber u. Nervenl. Lösch

Behandl. nur 2 M. 3-4-7, 9-11

## Zum Pfingstfest

verkauft große Trauringfabrik direkt an Private feingestaltete Trauringe

1 Ring	333 gestemp. nur 4.50 bis 7.50 Mk
1 -	585 - leicht 8.-
1 -	585 - mittel 11.50
1 -	585 - schwer 13.75
1 -	900 - leicht 15.50
1 -	900 - mittel 20.50
1 -	900 - schwer 27.-

Katalog gratis

Garantieschein. Gravieren gratis sofort z. Mittnahme

### Hermann Wiese

N. Artilleriestr. 30  
W. Passauer Str. 12  
S. Kolddorfer Baum 2

## KLEINE ANZEIGEN

Preise: Überschriftswort 25 Pf., Textwort 12 Pf.  
Wiederholungsrabatt: 10 mal 5 Proz., 20 mal oder  
1000 Worte Abschluß 10 Proz., 2000 Worte 15 Proz.,  
4000 Worte 20 Proz. - Stellengesuche: Überschrifts-  
wort 15 Pf., Textwort 10 Pf. - Anzeigen, welche für die  
nächste Nummer bestimmt sind, müssen bis 4 1/2 Uhr  
nachm. im Verlag, Lindenstr. 3, oder auch in sämtlichen  
Vorwärts-Filialen und -Ausgabestellen abgegeben sein

### Verkäufe

Kopierbüchse

Emil Kiefer

Berlin, Feld 49

aus Dresden

Frank 134

Bahnhofstr.

100 - an gebrauchte

ohne Aufschlag, Epist.

Wiederholungs

Preis

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

### Wienlager

Rechtsweg

Bildungs

Wiederholungs

Preis

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

### Fahrräder

Kellerräder

Ballontouren

Kellerräder

Ballontouren

Kellerräder

Ballontouren

Kellerräder

Ballontouren

Kellerräder

Ballontouren

Kellerräder

Ballontouren

Kellerräder

Ballontouren

Kellerräder

Ballontouren

Kellerräder

Ballontouren

Kellerräder

Ballontouren

Kellerräder

Ballontouren

Kellerräder

Ballontouren

Kellerräder

Ballontouren

Kellerräder

Ballontouren

Kellerräder

Ballontouren

Kellerräder

Ballontouren

Kellerräder

Ballontouren

Kellerräder

Ballontouren

Kellerräder

Ballontouren

Kellerräder

Ballontouren



Arbeit im neuen Berlin.

Die Bezirksbürgermeister-Konferenzen. - Heute Etatberatung.

Die verwaltungsmäßige Durchführung der neuen Gesetzesbestimmungen über die Verwaltung Berlins bringt in einer ganzen Reihe von Fällen Abweichungen von dem bisher üblichen Verwaltungsverfahren.

In einer neueren Kundverfügung nimmt der Oberbürgermeister Stellung zu der wichtigen Frage, wie sich das Verhältnis zwischen der Zentrale und den Bezirken in der neuen Verfassung praktisch gestalten wird.

Heute findet die erste wichtige gemeinsame Besprechung des Magistrats mit den Bezirksbürgermeistern statt, bei der der Vorschlag der für die Verwaltungsbezirke im Haushaltsplan der Stadtgemeinde Berlin bereitzustellenden Mittel Gegenstand der Beratung sein wird.

Aus dem Städtebauausschuß.

Der Städtebauausschuß, ein Unterausschuß des Stadtgemeindefachausschusses, beschloß in seiner letzten Sitzung die Aufhebung des Fluchtlinienplanes für die Verbreiterung der Budapester, Hühner-, Tiergarten- und Rennstraße im Bezirk Tiergarten.

Die Bewag bleibt bestehen.

Die Berliner Städtische Elektrizitätswerke A.-G. bitten uns, folgendes mitzuteilen: Durch die zahlreichen, zum Teil irreführenden Pressemeldungen im Zusammenhang mit der Neugründung der Berliner Kraft- und Licht-Aktiengesellschaft ist in den Kreisen der Abnehmer die Vermutung aufgetaucht, daß die neue Gesellschaft an die Stelle der Bewag treten und deren Rechte und Pflichten übernehmen würde.

Hilflos umgekommen!

Eine Frau nach 4 Monaten im Grunewald aufgefunden.

Im Jagden 85 des Grunewaldforstes, in nächster Nähe des Bahnhofes Grunewald, machten Spaziergänger am Dienstagnachmittag einen schaurigen Fund.

Die Polizei stellte an Hand vorgefundener Papiere fest, daß es sich bei der Toten um eine 63jährige Frau Albrecht handelte, die bis zum Herbst vergangenen Jahres in der Waldemarstraße 2 gewohnt hat.

Da man neben der Leiche einen kleinen Beutel fand, der zahlreiche Ein- und Zweipennigstücke enthielt, wird von der Polizei vermutet, daß die alte Frau wieder nach Berlin zurück wollte, ihr aber das Fahrgeld gefehlt hat.

Die Goldschätze der „Tubantia“.

Sebeschiffe auf der Suche nach 20 Millionen Goldmark.

London, 19. Mai.

Das Kabinet über die Absichten des Sebeschiffes „Reclaimer“, das den Hafen von Sunderland am Sonnabend mit geheimer Bestimmung verlassen hat, ist nunmehr durch die Erklärung der Reederei beendet worden, daß die Expedition der Hebung der Goldvorräte gilt, die sich am Bord des 1916 in der Nordsee untergegangenen holländischen Dampfers „Tubantia“ befanden.

Neues Fernsprechamt Tiergarten.

In der Nacht zum 21. Mai wird die Vermittlungsstelle mit Selbstanschlußbetrieb Tiergarten in Betrieb genommen. Sie übernimmt einen Teil der Anschlüsse der Vermittlungsstellen Kraushof, Hansa, Moabit, Steinplatz und Wilhelm.

Schwere Strafen für Briefkastenmarder.

In dem Prozeß gegen die Briefkastenmarder Erich Grabolle und Franz Swinka, der das Schöffengericht Charlottenburg seit Donnerstag beschäftigte, wurde das Urteil gefällt. Die beiden schon früher vorbestraften Angeklagten hatten Ende vorigen Jahres in Charlottenburg und Wilmersdorf eine große Anzahl von Briefkästen gewaltsam aufgedrückt und ihres Inhalts beraubt.

Neue Sparkassennebenstelle in Panlow. Die Sparkasse der Stadt Berlin hat im Verwaltungsbezirk Panlow eine neue Nebenstelle eingerichtet.

Autodiebe überfahren Arbeiter.

Wagen IA 58 192.

Durch die Schuld von rasenden Autodieben wurde am Dienstagfrüh gegen 8 Uhr ein schwerer Unfall herbeigerufen.

Zwei Zimmerleute, der 22 Jahre alte Alfred Lahn aus der Marksteinstr. 9 in Steglitz und der 63 Jahre alte Fritz Koch, der in der Stephanstr. 4 in Steglitz wohnt, waren gemeinsam auf dem Wege zur Arbeit.

Todesopfer einer Käsevergiftung.

Drei Kinder gestorben, vier Erwachsene erkrankt.

Osnabrück, 18. Mai.

Wie die Polizeidirektion mitteilt, sind in einer Familie in Stokum nach dem Genuß von Käse sieben Personen, drei Kinder und vier Erwachsene, unter Vergiftungserscheinungen erkrankt.

In der Badeanstalt ertrunken.

In der Badeanstalt Beißensöe erkrankt gestern beim Schwimmen der 22jährige Arbeiter Kurt Schirmer aus der Naugarder Straße 16. Vermutlich ist Sch. in erhöhtem Zustande ins Wasser gesprungen.

Advertisement for 'Die fliegende Familie' by Alexander von Sacher-Masoch, featuring a stylized logo and the text 'Geschichte eines Artisten'.

Dann setzte Mister Jack selbst den Affen auf eines der Regale im Büro des Kaufmanns und befestigte die dünne Stahlkette an einem Nagel. Schließlich lächelte er seinen Kopf, wie früher so oft, und drückte dem klugen, kleinen Tier die Hand.

brachten die Gesellschaft zur Laufe. Auch die hatte Mister Jack bestellt. Und auch beim abendlichen Festmahl konnten sich die bescheidenen Käse- und Mohnkuchen meiner Mutter neben Mister Jacks vornehmen Puddings und Torten verstecken.

Zweiundzwanzigstes Kapitel, bringt Abschied und Tränen.

Als aber das Fest vorbei war, rückten die Sorgen der Komödiantenfamilie noch mehr auf den Leib. Trotz Mister Jacks willigen Tröstversuchen. Auch die entbehrlichen Gegenstände gingen schon sehr zur Reige. Es war Mitte Januar und froh, was das Zeug hielt.

Die Direktorsleute waren sich bereits über unsere Familienverhältnisse im klaren. Auch der Herr Direktor und Frau Griselde vermochten sich schon schlecht und recht mit meiner Mutter verständigen, und meine Mutter klagte ihnen oft ihr Leid.

(Fortsetzung folgt.)



# Pfadfinder der Republik.

Wie republikanische Jungen zu werben verstehen.

Die Jungen vom Deutschen Republikanischen Pfadfinderbund haben schon ein paarmal gezeigt, daß sie es verstehen, ihre Veranstaltungen frisch und lebendig auszubauen und mit dem Geist ihrer Gemeinschaft zu erfüllen. Dabei sind sie niemals romantisch-sentimental, sondern fest, radikal angriffslustig — echt jugendlich; aber stets verantwortungsbewußt in dem Bestreben, an der Besserung der Zustände mit allen Kräften mitzuarbeiten.

Im Schwedensaal zeigten sie jetzt eine kleine Revue: „Das Produkt, eine Wandlung in 17 Stationen.“ Die Wandlung eines in seiner spießbürgerlichen Umwelt zugrunde gehenden Jungen vom verzogenen Pleblingssohn der Mutter zum Pfadfinder. Herrlich, wie sie die einzelnen „Stationen“ darstellen. Der verständnislose Lehrer, die an alles andere als an ihren Schulbetrieb denkenden, überspannten Gymnasiasten, das Sauffstudium, die weltfremden, naturschwärmenden Wandervogel, die nationalstische Wehrjugend, das Kraftmeiertum des Kur-Sport-Betriebes wurde dem natürlichen, selbstverständlichen Leben der Pfadfinder entgegen-gestellt. Fröhliche Kameradschaftlichkeit, Hilfe dem Mitmenschen — dieser Grundgedanke der Pfadfinderbewegung, zum Schluß im „Bekenntnis“ ausgezeichnet vorgetragen, lag der ganzen Ausführung zugrunde. Die einzelnen Bilder dieser Revue waren mit Witz und viel Geschick verfaßt und gespielt; einzelne Darsteller waren sogar außerordentlich gut, so die Jungen, die die „Comedian Harmonists“ in gelungener und lustiger Weise imitierten. Im ganzen aber war das Stück ein Ergebnis fruchtbarer Kollektivarbeit; die einzelnen Mitarbeiter stehen in der Gemeinschaft, aus deren Geist das Werk entstanden ist. Ein Name aber verdient besonders genannt zu werden, Alfred Roskoll, der Bundeskanzler des Republikanischen Pfadfinderbundes, dem die musikalische Einstudierung und Leitung oblag und der auch einen Teil der Musik geschrieben hat. Seine hingebungsvolle Arbeit spürte man in dem Stück, das durchaus verdient, einem größeren Kreise vorgeführt zu werden.

# Haus der Frau auf der Bauausstellung

Räthe Kollwitz wird preisgekrönt.

Neuzeitliche Bau- und Wohnkultur sind Gebiete, die aufs engste mit dem Interessentkreis der Frau verknüpft sind; ist es doch die Frau, die dem Heim ihre persönlichste Note verleiht und alles daran setzt, jene Wärme und Harmonie zu schaffen, die dann in Verbindung mit architektonischem Geschma und Können den Begriff „Wohnkultur“ verkörpert. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, schuf man also auch der Frau, als Hauptträgerin des Heimgedankens, ihren Tempel. Das Haus „Ring der Frauen“, von Peter Behrens als geschmackvoller Rundbau geschaffen, soll dazu dienen, dem gesamten Interessentkreis der Frau ein Heim zu bieten. Neben der Pflege der Geselligkeit werden in Form von Vorträgen, Ausstellungen und Vorführungen soziale, kulturelle und praktische Probleme erörtert; so steht die Reihe der Veranstaltungen auf sozialem Gebiet unter anderem Referate über Gesundheitsfürsorge im Heim und in der Ehe vor, auf praktischem Gebiet eine lustige Beratungstunde der städtischen Gostwerke und die Kunst, das Heim mit Blumen zu schmücken. Das Haus ist vom Verein für Deutsches Kunstgewerbe und dem Verein zur Beförderung des Gewerbestandes den verschiedenen deutschen Frauenorganisationen gewidmet. Auch den Zentralverband der Angestellten findet man aufgeführt. Bei dieser Gelegenheit wurde einer Frau, die sich auf sozialkulturellem Gebiet unvergängliche Verdienste erworben hat, besonders gedacht: Käthe Kollwitz erhielt erstmalig die vom Verein für Deutsches Kunstgewerbe gestiftete nach Entwürfen von Professor Dies hergestellte goldene Medaille. Im Heim der Frau auf der Bauausstellung ist aber auch des weiblichsten Interesses, der modischen Frage, gedacht; in hübschen Vitrinen gibt es moderne Stoffe, Handtaschen, Handschuhe und alles sonst Wünschenswerte zu sehen.

# Reichsbanner-Brühkonzert am Pfingstmontag.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsverein Wedding, veranstaltet ein Brühkonzert der Republikaner Montag, 25. Mai (2. Pfingstfeiertag), im herrlichen Naturgarten der Hochschulbrauerei, Amrumerstraße 31. Mitwirkende: Spielmannszug und Blasorchester des Ortsvereins. Leitung: Kreisstabführer Hermann Koepfel und Musikmeister A. Habedank. Beginn 6 Uhr. Eintritt 40 Pf. Das Konzert findet bei jeder Witterung statt. In den Sälen Tanz. Der Uberschuß fließt dem Kampffonds zu.

# „Der Jäger“ in der Karl-Marx-Schule.

Bredt-Weills Schuler „Der Jäger“, aufgeführt von Schülern der Karl-Marx-Schule. Zu Anfang spielt das Schülerorchester Weills „Barbarischen Marsch“ und „Nachtmusik“; von Wichtigkeit das eine, von zarter, fast schauerhafter Lyrik das andere. Dann folgt der „Jäger“, von den Verfassern nach Vorschlägen der Schüler neu bearbeitet. Im Hintergrund der Schülerchor, vorne Lehrer, Mutter und Kind. Der Junge zieht mit dem Lehrer auf Wanderschaft, obwohl die Mutter krank ist und seiner bedarf; aber gerade deshalb, meint der Junge, denn er will ihr helfen und heilkräftige Medizin heimbringen. So sagt er, aber er denkt anders, er will die Mutter von seiner Last befreien. Und weil er klein und schwach ist, dieht er am Wege liegen. Zeitprobleme, Zeitkonflikte, von einer begeisterungsfähigen Jugend mit gutem Willen und noch mehr Eifer verständnisvoll aufgenommen und wiedergegeben.

Für Wanderungen und Wochenendausflüge ist die Mitnahme von ausreichendem Proviant unerlässlich; in reichhaltigster Auswahl und bester Qualität sind Fleisch- und Fischkonserven sowie die verschiedenartigsten Erfrischungsmittel in den 287 Lebensmittelabgabestellen der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgebung erhältlich. Der Großteil des in der heutigen Anzeige empfohlenen Wanderproviantes ist Erzeugnis der genossenschaftlichen zentralen Eigenbetriebe, deren Leistungsfähigkeit für hervorragende Güte und Preiswürdigkeit bürgt.

# Die Vorgänge in Scheuen.

Wozu die überflüssige Berufungsverhandlung?

Der Beleidigungsprozeß Weigl gegen den Redakteur Dr. Frey vom „Berlin am Morgen“ findet in der Öffentlichkeit ein sehr geringes Interesse. Die Materie ist durch die erste Verhandlung erschöpft.

Was bezweckte eigentlich Dr. Frey durch seine Berufung? Sollte er durch seine Artikel nur den Zweck verfolgt haben, die Öffentlichkeit auf die unhaltbaren Zustände in Scheuen aufmerksam zu machen, so hätte er das durch die erste Verhandlung erreicht. Daß Frau Weigl den „Menschensinder und Tölschlager Straube“ begünstigt hätte — den Beweis für diese Behauptung zu erbringen, dürfte ihm nicht gelingen. Die üble Nachrede bliebe also unter allen Umständen bestehen. Anstatt nun noch einmal den ganzen Apparat aufzuziehen und Zeugen wie Sachverständige ihre Aussagen und Gutachten wiederholen zu lassen, wäre es richtiger gewesen, den Lüneburger Prozeß abzuwarten, der bereits für den 10. Juni festgesetzt ist und der, mit dem früheren Direktor der Scheuener Anstalt Straube und den 36 Zöglingen auf der Anklagebank, Gelegenheit genug bieten dürfte, die schlimmen Zustände in Scheuen vor aller Öffentlichkeit zu enthüllen und nach Gebühr zu kennzeichnen.

In der gestrigen Verhandlung erklärte der Angeklagte Dr. Frey ähnlich wie im ersten Prozeß, daß er eine Klage gewünscht habe und den Beweis für die Richtigkeit seiner Behauptungen führen würde. Frau Weigl bestritt nach wie vor, Straubes Prügelpädagogie gebilligt, geschweige denn sie begünstigt zu haben. Der als erster Zeuge vernommene Obermagistratsrat Dr. Anaut bezeugte, daß Straubes pädagogische Praktiken vor der Revolte vielleicht menschlich noch verständlich gewesen seien. Seine Handlungsweise nach der Revolte sei aber weder zu billigen, noch verständlich gewesen. Der jetzige Fürsorger im Jugendgefängnis Neumünster, früherer Erzieher bei Straube, schilderte noch einmal, daß er seinen Dienst in der Anstalt Scheuen aufgegeben habe, weil er

nicht mehr in stande gewesen sei, Straubes Prügelssystem mitanzusehen. Als er sich einmal beim Landesjugendamt wegen Straubes beschwerte, erhielt Straube eine ernste Verwarnung.

# Das Urteil in dem Prozeß Stief.

Für Stief, Berlich und Lieblicher je 2 1/2 Jahre Gefängnis.

In dem Prozeß gegen die Nationalsozialisten wegen des Schießüberfalles im Tanzpalast „Eden“ verurteilte das Landgericht III die Angeklagten Conrad Stief, Albert Berlich und Max Lieblicher wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit schwerem Hausfriedensbruch zu je zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Der Angeklagte Wesemann wurde freigesprochen.

Während der sehr ausführlichen Urteilsbegründung durch Landgerichtsdirektor Ohnesorge fiel der Angeklagte Albert Berlich plötzlich auf der Anklagebank hin und wand sich in Krämpfen. Nach einiger Zeit konnten ihn die Justizwachmeister aufrichten und ihn auf dem Gerichtskorridor herumführen, wobei Berlich laut vor sich hinredete und meinte. Die Urteilsverkündung mußte unterbrochen werden und es wurde aus dem Gefängnis ein Arzt herbeigerufen. Medizinrat Dr. Evers erklärte den Angeklagten augenblicklich nicht für verhandlungsfähig. Berlich hatte ihm angegeben, daß er ähnlich wie zu Beginn der Verhandlung 10 Beronaltabletten verschluckt habe. Dr. Evers ließ Berlich schleunigst ins Lazarett des Untersuchungsgefängnisses schaffen, damit ihm dort sofort der Magen ausgepumpt werde. Das Gericht sah die Befehle, die gesamte Verhandlung bis Freitagmittag 2 Uhr auszulegen. Der freigesprochene Wesemann wurde sofort in Freiheit gesetzt.

Die Haftbefehle gegen Stief und Lieblicher wurden aufrechterhalten und der Angeklagte Berlich wurde wieder in Haft genommen.

# Gantners Abenteuerleben.

Wegen Verrats militärischer Geheimnisse verurteilt.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Arndt hatte sich gestern der durch seine Hochstapeleien in der Öffentlichkeit genugsam bekannt gewordene Eugen Gantner wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu verantworten.

Gantner hat ein sehr abenteuerliches Leben hinter sich. Er ist 32 Jahre alt und Sohn eines Autobesizers in Württemberg. Jahrelang hat Gantner in den verschiedensten Ländern ein sehr dunkles Leben geführt und ist auch noch später wegen verschiedener Hochstapeleien bestraft worden. Er kam aber immer wieder dank seines weltgewandten Auftretens und seiner großen Sprachkenntnis in die Höhe. Eine Zeitlang stand er in engen Beziehungen zu einer ausländischen Fürstin. Später war er mit einer reichen Holländerin befreundet, als deren Bevollmächtigter er auch in Berlin an großen Günterunternehmungen beteiligt war. Als diese Freundschaft dann in die Brüche ging, verübte er Scheidetrugereien auf den Namen seiner alten Freundin. Er ist erst kürzlich deswegen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Inzwischen war er aber unter der Anklage wegen Verrats militärischer Geheimnisse verhaftet worden. Während der vielmonatigen Untersuchungshaft war Gantner erkrankt und mußte nach dem Virchow-Krankenhaus übergeführt werden. Unter aufsehenerregenden Umständen gelang es ihm, zu fliehen. Er erfreute sich aber nicht lange der Freiheit, denn bald wurde er in einem Weinrestaurant wieder verhaftet.

Gantner ist der typische Nachkriegsmensch, eine gezeichnete Existenz. Sein Name wurde in breiter Öffentlichkeit zum ersten Male im Zusammenhang mit dem Aufstand an der Prostituierten auf dem Arnswalder Platz genannt. Acht Tage stand er im Verdacht, der Täter gewesen zu sein. Er war schon damals kein unbeschriebenes Blatt mehr; in Mailand, Wien und Berlin hatte er Gefängnisstrafen über sich ergehen lassen müssen. Dann verschwand er für einige Zeit von der Bildfläche. Seine Existenz bestritt er während der letzten Jahre in der Hauptache auf Kosten seiner reichen holländischen Freundin. Eines Tages verließ die Holländerin ihn, ohne seine Hotelrechnung beglichen zu haben, und der Hoteller ließ ihn verhaften. Später wurde ihm nahegelegt, für Frankreich gegen Italien Spionagearbeit zu leisten. Er willigte ein, seine Rechnung in Höhe von 600 Franken wurde beglichen, er erhielt eine Adresse in Straßburg. Der Vorschlag, den man ihm hier machte, bezog sich auf Spionage gegen Deutschland. Er sollte seine alten Beziehungen zu Kriegsfotografen, die jetzt in der Reichswehr dienen, aufnehmen. Man gab ihm 400 M., man verpackte ihm einen photographischen Apparat, verließ ihn mit einer Fahrkarte und Gantner fuhr über Brüssel nach Berlin. Schon in Brüssel erzählte er einer Frau Tchernoff, in deren Berliner Pension

er mit seiner reichen holländischen Freundin abzustiegen pflegte, daß er für Frankreich Spionage treibe. In Berlin wiederholte er es Herrn Tchernoff gegenüber. Dieser, ein gebürtiger Russe, setzte sich mit feinem Anwalt in Verbindung, veranlaßte Gantner, den Anwalt aufzusuchen, und hier erfuhr der Spion zugunsten Frankreichs, daß die Annahme von Geld, auch ohne Gegenleistung, eine strafbare Handlung darstellt. Mit Gantners Einverständnis setzte sich der Anwalt mit dem Reichswehrministerium in Verbindung. Einem Reichswehroffizier und später den Kriminalkommisaren, schilderte er in allen Einzelheiten, wie ihm zuerst der Vorschlag gemacht worden sei, gegen Italien und später gegen Deutschland Spionagearbeit zu leisten. Die Folge war seine Verhaftung.

In der Verhandlung versuchte Gantner, das Ganze als bloße Renommisterei darzustellen; er bestritt, 500 Franken in Lizza und 400 M. in Straßburg erhalten zu haben. Das Gericht verurteilte ihn aber zu 7 Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Der Haftbefehl gegen ihn wurde aufgehoben. Das gestrige Schicksal Gantners in Noabit dürfte schauerlich das letzte sein.

# Streikgezesse.

Gefängnis für zwei R.D.-Leute wegen Landfriedensbruch.

Während des Metallarbeiterstreiks kam es bei den Siemenswerken zu einem Zwischenfall, dessen gerichtliches Nachspiel zwei unbesonnenen jungen Kommunisten K. und M. Gefängnisstrafen einbrachte.

Die Siemenswerke wollten sich dem Beschluß des Metallarbeiterverbandes nicht fügen und beschäftigten Streikbrecher. Diese Arbeitswilligen wurden durch Autobusse der Werke zur Arbeit abgeholt. Neben der offiziellen Streikleitung des Metallarbeiterverbandes gab es auch noch eine Streikleitung der R.D. Unter den Mitgliedern dieser Leitung befanden sich ganz junge Leute ohne jegliche gewerkschaftliche Erfahrung. Eines Tages stellten sich die R.D.-Anhänger, darunter auch mehrere Arbeitslose, längs der Chaussee auf und brachten den Autobus zum Halten. Zeugen wollten gesehen haben, wie der Arbeiter K. das Steuer des Autobus ergriffen und der Arbeiter M. eine Scheibe eingeschlagen habe. Das Schöffengericht Charlottenburg verurteilte daraufhin wegen Rötigung K. zu 5 Monaten Gefängnis, M. zu 4 Monaten Gefängnis; von der Anklage des Landfriedensbruchs sprach es für frei. In Bezug auf K. hieß es in der Urteilsbegründung u. a., das Urteil müsse härter ausfallen, da er im Alter von 16 Jahren in einer ihn kennzeichnenden Weise wegen Bettelns und Landfriedensbruchs verurteilt worden war und daß ihm wegen einer Diebstahlsstrafe bereits Bewährungsfrist zugesprochen worden sei.

In der Berufungsverhandlung bestritt K. jetzt, das Steuer ergriffen, M. die Scheibe abgebrochen zu haben. Das Gericht kam auch diesmal zu einem anderen Ergebnis. Es sprach K. und M. von der Anklage der Rötigung frei, verurteilte sie aber wegen einfachen Landfriedensbruchs zu je 3 Monaten Gefängnis.

# Jugend heraus!

Freitag, den 22. Mai 1931, 20 Uhr, in der Löwenbrauerei, Hochstraße 2:

Öffentliche Jugendversammlung „Gegen Faschismus und Wirtschaftsnot“ Sozialistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin Werbebezirk Wedding.

Zwischen 2 Zigaretten

3 **Wobinet**-Tabletten



# MAGGI'S Würze

hilft in der Küche sparen.

Schon wenige Tropfen geben schwachen Suppen, Soßen, Gemüsen und Salaten kräftigen Wohlgeschmack. — Vorteilhaftester Bezug in großer Originalflasche Nr. 6. —

Verlangen Sie ausdrücklich MAGGI'S Würze













# Preußens Elektropolitik.

## Starke Aktivität der Preag.

Das Geschäftsjahr 1930, für das die Preußische Elektrizitäts-L.G. (Preag) jetzt Bilanz und Jahresbericht vorlegt, ist für Preußens Elektrotrost durch intensivste Tätigkeit auf energiewirtschaftlichem Gebiet und eine weitläufige Expansionspolitik gekennzeichnet.

Die Zusammenschlüsse im Interessengebiet der Preag wurden dem Geschäftsbericht zufolge im Berichtsjahr planmäßig fortgesetzt. Hierher gehört vor allem die Zusammenfassung der Oldenburgischen Stromversorgung-L.G. und der Weser-Ems-Versorgungs-L.G. in der neuen Stromversorgung-L.G. Oldenburg-Ostfriesland. Durch den Zusammenschluß der genannten Verteilungsgruppen konnte der bereits früher gefasste Plan für das Wirtschaftsgebiet Oldenburg-Ostfriesland, eine einheitliche Gesellschaft zu schaffen, nunmehr verwirklicht werden.

Von der Stadt Celle wurden die Aller-Zentralen durch Kauf erworben und die Stromversorgung-L.G. Weiskensfeld-Zell ins Leben gerufen, woran sich auch die Reichs-Elektrowerke beteiligten. Die vielfachen Berührungspunkte, die die Preag innerhalb ihres Versorgungsgebietes mit der Thüringer Gasgesellschaft besitzt, haben Ende vorigen Jahres gemeinsam mit der L.G. Sächsische Werke zur Übernahme der Aktienmehrheit durch die Preußische Elektra geführt. Diese Aktion, die seinerzeit von der Öffentlichkeit viel diskutiert wurde, dürfte sich in Zukunft für die Versorgungspolitik der Preag noch sehr günstig auswirken. Eines der bedeutendsten Ereignisse im letzten Jahr war die Gründung der Schweizerischen Finanzierungsgesellschaft, der Continentalen Elektrizitäts-Union in Basel. Mit der Gründung dieser Gesellschaft schuf sich die Preag die finanzielle Grundlage zur Dedung ihres Kapitalbedarfs.

Insgesamt gesehen kann die Preag mit dem Geschäftsjahr 1930 noch zufrieden sein. Zwar wurde die Stromabgabe durch die Drosselung des geschäftlichen Verkehrs beeinträchtigt, doch blieb in den überwiegend agrarischen Bezirken und in den Städten die Nachfrage nach billigem Kraftstrom bestehen. Neuanbauten und die Erweiterung des Versorgungsgebietes brachten es aber zuwege, daß die gesamte Stromabgabe, die schon im Vorjahr eine sehr kräftige Steigerung um über 29 Proz. erfahren hatte, auch 1930 ungeachtet aller Schwierigkeiten

**von 646,2 auf 682,8 Millionen Kilowattstunden,**

also um 5,7 Proz. gesteigert wurde. Läßt man die Erweiterung des Interessengebietes außer Betracht, so ergibt sich ein Rückgang bei der Stromabgabe um etwa 8 Proz. Im neuen Jahr hat sich der Stromabgab im Januar um 5,5 Proz., und im April um 5 Proz. gebessert, dagegen ist er im Februar und März um 13 bzw. um 3 Proz. zurückgegangen. Das ergibt im Durchschnitt eine Abminderung in der Stromabgabe um 2 Proz. Diese Entwicklung konnte auf das Bauprogramm der Preag nicht ohne Einfluß bleiben. Die durchgeführten Einschränkungen erstrecken sich allerdings nicht auf das laufende Bauprogramm, das der Verbesserung des Stromverteilungsnetzes dient. Die Schaffung neuer Betriebskapazitäten wird wohl auch für die

Preag in nächster Zeit nicht in Frage kommen, denn die Ende 1930 zur Verfügung stehende und nicht ausgenutzte Leistungsfähigkeit wird mit 500 000 Kilowattstunden angegeben.

Der Betriebsüberschuß hat sich im Berichtsjahr von 13 auf 17,4 Millionen Mark gebessert. Die Handlungsunkosten erhöhten sich von 0,8 auf 0,96 Millionen Mark, während für Steuern 1,1 Millionen Mark in fast unveränderter Höhe erfordert wurden. Zinsen erforderten diesmal 2,54 Millionen gegen nur 574 000 Mark im Vorjahr. Nach Ueberweisung von 4,8 Millionen an die Erneuerungsrücklage verbleibt ein Reingewinn von 7,6 gegen 5,6 Millionen Mark im Vorjahr. Hiervon wird wie 1929 eine Dividende von 6 Proz. gezahlt, die diesmal aber auf das gesamte Kapital von 125 Millionen zur Verteilung gelangt.

Im Hinblick auf die bedeutenden Transaktionen, die die Preag im letzten Jahr durchgeführt hat, kann die Bilanz nicht als besonders stark angepannt bezeichnet werden. Allerdings sind

**die Betriebsmittel von 99,4 auf 40,3 Millionen sehr stark zusammengeschrumpft.**

davon allein Bankguthaben von 8,2 Millionen auf knapp 700 000 Mark. Auch der Posten „Schuldner“ ist infolge der Rückzahlung eines großen Vorstufbetrages von 56,1 auf 18,6 Millionen gesunken. Dieser von einer befreundeten Gesellschaft zurückgeforderte Betrag wurde in vollem Umfange zur Zurückzahlung von Schulden verwendet, so daß bei gleichzeitigem Zurückfließen größerer Darlehensbeträge von Tochtergesellschaften die Preußische Elektra ihre Anlage ausbauen und die Vergrößerung ihrer Beteiligung durchführen konnte, ohne ihre Schulden zu erhöhen. Die Beteiligungen der Preag haben jetzt

**den Wert von 110,6 Millionen**

erreicht, sich also gegenüber dem Vorjahr beinahe verdoppelt.

Die von einer starken Unternehmungslust und weitblickenden Versorgungspolitik zeugenden Aktionen des letzten Jahres hat also die Preag ohne eine zu starke Anspannung ihrer finanziellen Mittel durchführen können. Für die neuen finanziellen Ansprüche, die für die Preag aus der Beteiligung am Bewag-Geschäft erwachsen, hat die gestrige Generalversammlung bereits Vorzüge getroffen. Sie beschloß, das Grundkapital nochmals um 30 Millionen

**auf insgesamt 155 Millionen Mark**

herauszusetzen. Die Aktien werden von einem Konsortium unter Führung der Vereinigten Elektrizitäts- und Bergwerks-L.G. übernommen, was aus den Aktionären der Gesellschaft gebildet wird. Die neugeschaffenen Aktien werden den Aktionären im Verhältnis ihrer bisherigen Beteiligung zum Kurse von 120 Proz. angeboten.

Die Belegschaft wird für Ende des Jahres einschließlich Heftzug und der Nordwestdeutschen Kraftwerke mit 2354 Arbeitern und 506 Angestellten angegeben. Ende des Jahres 1929 waren 2158 Arbeiter und 349 Angestellte beschäftigt.

## Spekulationsprofite!

**10 Proz. — 30 Proz. — 400 Proz.?**

Ein Außenstehender kann sich sehr schwer einen Einblick in die Gewinn- und Verlustrechnung der Grundstückspekulation verschaffen. Die uns vorliegende Bilanz vom 31. Dezember 1930 der Terrain-Gesellschaft am Teltow-Kanal, Rudow-Johannisthal L.G. gestattet das wenigstens bis zu einem gewissen Grade.

Für das abgelaufene Geschäftsjahr beziehen die Aktionäre — die Gesellschaft ist zu zwei Dritteln im Besitz der Commerz- u. Privatbank — eine Dividende von 10 Proz. Das ist nicht gerade außergewöhnlich viel, aber für heutige Zeiten recht anständig. Man muß aber einmal genauer untersuchen, wie diese Dividende verdient wurde.

Es ist im Jahre 1930 Gelände von etwa 6,5 Hektar, genau 65 043 Quadratmeter, verkauft worden. Als Einnahmen werden ausgewiesen 163 000 Mark, also ist der Quadratmeter mit 2,50 Mark verkauft worden. Als Reingewinn werden knapp 54 000 Mark angegeben; also sind etwa 30 Proz. (je Quadratmeter 0,80 Mark) nach Abzug der Unkosten netto verdient worden. Als „Abgang“ sind aber nur 40 000 Mark eingesetzt worden; also ist der Boden zum Bierfachen des Buchwertes verkauft worden!

Die Sache wird aber noch anders, wenn man sich die Bewertung des Grundbesitzes ansieht. Die Gesellschaft besitzt jetzt noch 98 Hektar Boden, und zwar fast ausschließlich in Rudow. Für dieses Gelände ist jetzt vom Magistrat Berlin und dem Bezirksamt Neukölln ein neuer Bebauungsplan aufgestellt worden, nach dem dieses Gelände jetzt als Wohnbaugebiet ausgewiesen wird. Durch diese Maßnahme der Stadtverwaltung ist der Besitz der Terraingesellschaft plötzlich viel wertvoller geworden, ohne daß die Gesellschaft dazu auch nur einen Handschlag zu tun brauchte. Allerdings hat sie der Stadt Berlin 6,6 Hektar als „Gegengistung“ abgetreten, die natürlich in keiner Weise der Wertsteigerung des übrigen Besizes entspricht.

Für 6,5 Hektar hatte also die Gesellschaft 163 000 Mark erhalten. Davon hat sie für „Straßenbau und Geländeabretung“ 41 400 Mark abgesetzt, ein Betrag, der keineswegs für die gerade verkauften 6,5 Hektar aufgewandt wurde. Wir wollen nun sehr vorsichtig rechnen und annehmen, daß etwa 30 000 Mark auf Straßenbau für die 6,5 Hektar anzurechnen seien, so daß rund 130 000 Mark reiner Bodenwert für 6,5 Hektar, also 20 000 Mark auf ein Hektar zu rechnen wären. Für 98 Hektar ergibt sich dann ein Gesamtwert von 1,8 Millionen Mark — bewertet ist er in der Bilanz mit 323 000 Mark, also mit etwa einem Sechstel das wahren Wertes! Sowie stille Reserven

steden in diesem „goldenen Boden“! Aber es ist gar kein Zweifel, daß die von uns aufgestellte Rechnung den Mindestbetrag des Bodenwertes ergibt — mit der allmählichen Erfüllung des aufgestellten Bebauungsplanes wird der Boden zweifellos noch ganz stark im Werte steigen. Würde die Gesellschaft jetzt aufgelöst werden, so würden die Aktionäre annähernd das Fünffache ihrer Nominalbeteiligung — also mit 400 Proz. Gewinn — zurück erhalten.

Die Aktionäre dieser Terraingesellschaft können also ruhig schlafen. An der Börse kann man keine Aktien mehr aufreiben — am 29. Dezember wurden sie zuletzt mit dem für ein zehnprozentiges Papier phantastischen Kurs von 320 Proz. gehandelt. Diesen Leuten fallen enorme Gewinne infolge einer Maßnahme der Stadtverwaltung (Bebauungsplan!) mühelos in den Schoß. Wollen nun auch die Abgabe an die Allgemeinheit von diesen mühevollen Gewinnen, die Wertzuwachssteuer, zu schenken, wie man es in Berlin vorhat, das geht denn doch zu weit!

## Gegen den Holzzoll.

### Scharfer Protest der verarbeitenden Industrie.

Gegen die Zollwünsche der deutschen Forstwirtschaft, die schon seit langem in der Öffentlichkeit für eine Drosselung der Holzeinfuhr und den Verwendungszwang inländischen Holzes wirbt, nimmt jetzt der Wirtschaftsverband der Deutschen Holzindustrie in Berlin in scharfer Form Stellung.

Es wird festgestellt, daß die Kollage der deutschen Forstwirtschaft lediglich durch die schwere Krise der Holzverarbeitenden Industrie und der Bauwirtschaft verursacht sei, nicht aber durch eine übermäßige Einfuhr ausländischen Holzes. So ist die Einfuhr von Rundholz (ohne Papierholz) von 6,2 Millionen Festmeter im Jahre 1913 auf 3,9 Millionen Festmeter im vergangenen Jahr gesunken. Die Beschäftigungsziffern im Holzgewerbe seien aber nicht im gleichen Verhältnis gefallen, woraus sich also ganz klar eine stärkere Verwendung inländischen Holzes ergibt. Im ersten Quartal 1931 hat sich diese Rückgangsbewegung in der Holzeinfuhr noch verschärft. So sind die Importe von Rundholz gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres erneut um etwa 50 Proz. gesunken, so daß im laufenden Jahr die Einfuhr etwa auf 2,5 Proz. des jährlichen Durchschnittsimports in der Vorkriegszeit zusammenschrumpfen würde. Andererseits ist der Export Deutschlands erheblich gestiegen und hat zur Zeit etwa 90 Proz. der Einfuhr erreicht.

Ganz besonders scharf aber müßten die Forderungen auf Bereinfachung der Rund- und Schnittholzzölle deswegen von der verarbeitenden Industrie zurückgewiesen werden, weil der deutsche

Bald zahlreiche Holzarten gar nicht oder in unzureichenden Mengen hervorbringt, auf deren Verarbeitung die Holzindustrie unter allen Umständen angewiesen ist. Daher würde auch die Forstwirtschaft in diesen Fällen von der Zollauflöschung gar keinen Nutzen haben, während der Schaden für die schon mit hohen Selbstkosten arbeitende Industrie natürlich ganz enorm sei. Ebenjowenig wie Zollhöhlungen könnten der Forstwirtschaft Zwangsmassnahmen zur Verwendung inländischen Holzes helfen. Die Forderung eines Verwendungszwanges zeugt von einem gänzlichen Mangel an Sachkenntnis, da es sich bei Holz nicht um eine beliebig austauschbare, sondern mit weitgehenden Qualitätsunterschieden versehene Ware handelt.

Mit der Forstwirtschaft ist die Holzverarbeitende Industrie der Ueberzeugung, daß die überhöhten Frachten für Holz und Holzwaren einen erheblichen Teil der Schuld an der schwierigen Lage der einheimischen Forst- und Holzwirtschaft tragen und daß daher von der Reichsbahn erwartet werden muß, daß sie durch beschleunigte Gewährung von Frachterleichterungen für die zu hoch eintarifierten Holzzeugnisse der notleidenden Holzwirtschaft hilft.

## Gutes Kabel, besseres Drahtgeschäft.

### Die Neuordnung bei Felten & Guilleaume

Es gibt trotz der langandauernden Krise doch eine große Zahl von Großkonzernen, auf die sie keinen Einfluß zu haben scheint. So ist auch in den Bilanzjahren vom 31. Dezember 1930 der Felten u. Guilleaume Carlswerk L.G. Köln-Wülheim, so gut wie nichts von Krisenwirkungen zu sehen.

Zwar wird die Dividende auf das 20-Millionen-Kapital von 7,5 auf 6,5 Proz. ermäßigt; aber die Ermäßigung der Gewinnziffern scheint mehr die Folge der organisatorischen Neuordnung des Gesamtunternehmens als verschlechterten Geschäftsganges zu sein. Am 1. Juli 1930 ist nämlich die Felten u. Guilleaume Carlswerk Eisen und Stahl L.G. gegründet worden, die alle Eisen- und Stahlbetriebe und zugehörigen Tochterunternehmen aufgenommen hat (Kapital 18 Millionen Mark). Das Kapital befindet sich ganz im Besitz der Muttergesellschaft, bei der das Konto Beteiligungen demgemäß eine Erhöhung von 32,9 auf 51 Millionen Mark erfuhr. Von den Fabrikationsstätten sind nur die Kupfer- und die Kabelwerke bei der Muttergesellschaft geblieben.

Wenn nun der Rohgewinn von 19 auf 16,1 Millionen und der Reingewinn von 5,3 auf 4,5 Millionen Mark zurückgegangen ist, dann hauptsächlich deshalb, weil die Gewinne der Eisen- und Stahlwerke der neuen Gesellschaft für das zweite Halbjahr 1930 noch nicht abgerechnet sind. Von Gewinnrückgang wird man also keinesfalls reden können.

Der Gesamtumsatz des Konzerns ist laut Geschäftsbericht wertmäßig um 14,5 Proz., aber mengenmäßig nur um 8 Proz. zurückgegangen. Das ist für das Krisenjahr 1930 ein außerordentlich gutes Ergebnis. Der Gesamtumsatz der 1928 auf 225, 1929 auf 245 Millionen Mark besetzt wurde, dürfte sich also auf 209 Millionen Mark belaufen haben. Stärker als der mengenmäßige Umsatzrückgang, nämlich um mehr als 10 Proz., wurde die Belegschaft vermindert, von 16 900 auf 15 200 Mann. Auch ein Zeichen, wie nur die Arbeiterschaft die ganze Schwere der Krise zu spüren bekommt!

Im Kupfer- und Kabelgeschäft sind bei den verhältnismäßig großen Vorräten infolge des Preissturzes für Kupfer eingetretten. Im Laufe des Geschäftsjahres wurden mehrere Seekabel verlegt: Schweden-Göteborg (170 Kilometer) und das vierte Deutschland-Schweden-Kabel (120 Kilometer). Ein Auftrag für ein deutsch-dänisches Kabel zwischen Roskilde und Nykøbing (80 Kilometer) ist in Arbeit. Während das Starkstromkabelgeschäft daniederliegt, ist im Eisen- und Stahlkabelgeschäft sogar eine Besserung eingetreten. Der Auftragsbestand ist so hoch wie im Vorjahr.

## 12 Millionen Tonnen auf Halde.

### Bergbaukrise hält an.

Auch im April haben sich die Absatzschwierigkeiten im Bergbau nicht im geringsten gemildert. Im Gegenteil brachte der erste Monat der Saisonbelegung in diesem Frühjahr für den Bergbau eher noch eine Verschärfung der Lage.

So belief sich nach den Ermittlungen der Fachgruppe Bergbau des Reichsverbandes der Deutschen Industrie die Kohlenförderung im Ruhrbezirk auf nur 6,8 gegen 7,7 Millionen Tonnen im März dieses Jahres. Die Koksproduktion ging noch stärker von 1,76 auf 1,53 Millionen Tonnen zurück. Auch der Abbau der Belegstätten, der seit Anfang 1930 ununterbrochen angehalten hat, erreichte im April noch keinen Stillstand. So ging die Gesamtzahl der noch beschäftigten Kumpels von 268 498 auf 260 995 Mann zurück. Seit dem April vorigen Jahres sind rund 94 000 Bergarbeiter abgebaut worden.

Da der Abzug nicht an die Produktionsmengen herankam, mußte auch im April ein Teil der Förderungen auf Halde gestürzt werden. Die Haldebestände an Kohle, Koks und Preßfahs erreichten Ende April mit 11,84 Millionen Tonnen einen bisher noch nicht erreichten Rekordstand. Auch die Zahl der Feierschichten, die für die weiter in Betrieb befindliche Belegschaft wegen Absatzmangel eingelegt wurden, stiegen auf 771 000, das heißt auf jeden Mann der Gesamtbelegschaft kamen im April 2,95 Feierschichten.

Etwas günstiger hat sich die Lage im Braunkohlenbergbau gestaltet. So konnten sowohl im Mitteldeutschen wie auch im Mittelbischen und Rheinischen Revier die Brickettapel, mit deren Abbau bereits im März begonnen wurde, weiterhin kräftig geräumt werden. Der Rohkohlenabgab an die Industrie blieb allerdings weiter zurück.

Bürgschaft von Reich und Preußen für Düngemittellieferungen. Für Düngemittel, die von den Syndikaten bis zum 15. Juni an die landwirtschaftlichen Betriebe geliefert werden, übernehmen Reich und Preußen den Syndikaten gegenüber die Bürgschaft von je 30 Proz., zusammen also 60 Proz. Es werden aber nur Lieferungen in die in der Osthilfe als notleidend anerkannten Provinzen berücksichtigt.



